

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 5,- Goldmark voraus zahlbar. Unter Fremdland für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen, Österreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Brot und Fett“ mit „Erdung und Kriegergarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierzeile 0,70 Goldmark, Restzeile 1,- Goldmark, „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldmark (außer zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, Einzeile ohne das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark, Worte über 15 Buchstaben abhien für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,30 Goldmark, Eine Goldmark — ein Blatt geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 7. August 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Distrikto-Gesellschaft, Teplitzstraße 3

Der deutsche Rechtsstandpunkt.

Mary entwickelt die Ansichten der Reichsregierung.

London, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Die alliierten Delegationsführer hatten im Beisein je eines Delegierten-Bevollmächtigten und eines Sachverständigen heute, Mittwoch, kurz vor Mittag im Auswärtigen Amt zusammen mit Mary und Dr. Stresemann eine zweite Sitzung. Reichskanzler Mary überreichte im Namen der deutschen Delegation die schriftlich formulierte Antwort auf das Memorandum der Alliierten. Der britische Schatzkanzler Snowden schlug vor, die Prüfung der deutschen Antwort den zuständigen Ausschüssen zu überweisen. Herriot und andere Delegierte forderten, daß sie vorher von dem deutschen Dokument, das sie noch gar nicht hätten lesen können, Kenntnis nehmen müßten. Es wurde demgemäß beschlossen. Für abends 9 Uhr ist eine neue Zusammenkunft der Alliierten mit den deutschen Delegierten in Aussicht genommen. An dieser Sitzung werden von jeder Delegation zwei Mitglieder und ein Sachverständiger teilnehmen. Die Veröffentlichung der deutschen Antwort wird besonders beschlossen werden. Wasas teilt gleichwohl mit, die deutsche Antwort besage u. a., daß die bisherigen Vorschläge über die militärische Räumung des Ruhrgebietes und über die französisch-belgische Eisenbahnregie im besetzten Gebiet dem Buchstaben des Versailleser Vertrages und dem Geist des Dawes-Planes widersprechen.

Das Begleitschreiben, mit dem die deutsche Delegation ihre Antwort auf das Memorandum der Alliierten Macdonald überreichen ließ, hat folgenden Wortlaut:

Herr Präsident! Entsprechend der in der geistigen Sitzung getroffenen Abrede beehre ich mich Curer Egzellenz anbei Bemerkungen der deutschen Delegation zu den bisherigen Beschlüssen der interalliierten Kommissionen zu überreichen. Die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit hat es der deutschen Delegation nicht ermöglicht, sich über alle Einzelheiten der interalliierten Beschlüsse und ihre Tragweite ein sicheres Urteil zu bilden. Ich bitte die Bemerkungen der deutschen Delegation, insbesondere ihre Formulierung, unter diesem Gesichtspunkte betrachten zu wollen. Dabei nehme ich an, daß die noch erforderliche Klärung im Wege der gegenseitigen Aussprache herbeigeführt werden wird.

Im übrigen gestatte ich mir, hervorzuheben, daß die vorliegenden interalliierten Beschlüsse nach Ansicht der deutschen Delegation den mit der Inkraftsetzung des Sachverständigenplanes zusammenhängenden Fragenkomplex nicht erschöpfen. Die deutsche Delegation muß insbesondere entscheidenden Wert darauf legen, die Frage der militärischen Räumung der über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete zur Erörterung zu stellen. Andererseits hat der Herr Präsident der zweiten Kommission in seinem Begleitschreiben zu den Beschlüssen dieser Kommission erwähnt, daß die französischen und belgischen Heeresführer die Zuteilung von etwa 5000 französischen und belgischen Eisenbahnbediensteten auf bestimmten Strecken des Ruhrgebietes verlangen. Die deutsche Delegation ist der Ansicht, daß diese Forderung mit dem Sachverständigenplan nicht vereinbar ist.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. gez. Mary.

Zwischenfall in der Mittagsitzung.

London, 6. August. (Zusammenfassung unseres Sonderkorrespondenten.) Die zweite gemeinsame Sitzung der Alliierten mit den Deutschen hat nicht den Verlauf genommen, den man gewünscht und anfänglich erwartet hatte. Sie begann um 11 1/2 Uhr vormittags und dauerte bis 1 Uhr. Nachdem die deutsche Delegation ihre Stellungnahme zu den Beschlüssen der alliierten Konferenz nach Rücksprache mit Macdonald am Dienstagabend schon am Mittwoch um 9 Uhr vormittags übermittelt und die Alliierten in einer gemeinsamen Sitzung zum deutschen Memorandum und Begleitschreiben Stellung genommen hatten, sollte in der Chefbesprechung schon die Diskussion erfolgen. Die Sitzung wurde eingeleitet durch eine

mündliche Erläuterung des deutschen Memorandums durch Mary. Im Verlauf der Uebersetzung der Ausführungen ins Französische machte Herriot einen Zwischenruf, der in drastischer Weise die Verwunderung der französischen Delegation über den deutschen Standpunkt zum Ausdruck brachte.

Auch Macdonald hat am Schlusse der Uebersetzung ins Englische geäußert, daß Mary eine Reihe von Fragen angestellt habe, die mit dem Gutachten nicht zusammenhängen. Tatsächlich ist ja in dem deutschen Memorandum und im Begleitschreiben zum Memorandum und ebenso in der Rede von Mary u. a. die Räumungsfrage angeschnitten worden. Die Wirkung dieses Vorgehens der deutschen Delegation bei den Alliierten ergab sich aus der sofortigen Vertagung der Sitzung. Eine neue Chefbesprechung wurde auf 9 Uhr abends festgesetzt. Nach Rückkehr von der Konferenz

erhielt die deutsche Delegation den Dolmetscher Dr. Michaelis sofort durch einen anderen. Es heißt, das Mary in seiner Erklärung lediglich den Wunsch

und die bestimmte Erwartung auf eine baldige Räumung des Ruhrgebietes zum Ausdruck gebracht habe. Diese Stelle der Ausführungen des Kanzlers wurde angeblich vom Dolmetscher in unglücklicher Form wiedergegeben. Da die Alliierten hieron inzwischen unterrichtet sein dürften, wird die gegen die deutsche Delegation tatsächlich herrschende Mißstimmung teilweise behoben werden können. Aber aus dem Vorfall sollte die deutsche Delegation ersehen, daß in London die Form des Vorgehens wieder einmal alles ist!

Es ist nicht anzunehmen, daß die Absicht Herriots, mit Mary möglichst schnell in persönliche Fühlungnahme zu treten, infolge dieses Zwischenfalls aufgegeben

wird. In der Besprechung Herriot-Mary sollen hauptsächlich die Möglichkeiten der militärischen Räumung des Ruhrgebietes in Verbindung mit wirtschaftlichen Zugeständnissen Deutschlands unterzucht werden, nachdem eine Behandlung des Problems der interalliierten Schulden im Augenblick vollkommen aussichtslos ist.

Die vielfach in deutschen Kreisen, aber auch in London verbreitete Ansicht, als ob die Haltung der Amerikaner einer Unterföhrung der deutschen Wünsche gleichkame, ist nicht begründet.

Abgesehen davon, daß Morgan selbst sich zur Erholung in Schottland befindet, haben die Bankiers zu verstehen gegeben, daß sie infolge der zahlreichen Angriffe, denen sie ob ihres jüngsten Vorgehens ausgegesetzt waren, sich bis zum Abschluß der Verhandlungen zwischen den Staatsmännern mit ihren Meinungsäußerungen zurückhalten wünschen.

Englisch-offizielle Darstellung.

London, 6. August. (W.B.) Reuter erfährt: Das wichtigste Ereignis des heutigen Tages war die Zusammenkunft des Rats der Vierzehn heute vormittag in Downing Street. An dieser Sitzung nahmen teil: Die führenden Delegierten, eine Anzahl Sachverständiger usw. Großbritannien war vertreten durch Macdonald und Snowden, Frankreich durch Herriot und Clementel, Deutschland durch Mary und Stresemann. Bestenfalls standen zwei Sachverständige zur Seite. Der deutsche Reichskanzler hielt eine Rede, in der er die wichtigsten Punkte der deutschen Denkschrift zusammenfaßte, da nicht genügend Abschriften zur Verfügung standen. Hierauf folgte eine Erörterung über das zu besorgende Verfahren, deren Hauptergebnis der Beschluß war, heute abend um 9 Uhr im Zimmer des Premierministers im Unterhaus wieder zusammenzukommen. Inzwischen hielt eine Anzahl Delegierter der im Rat der Vierzehn vertretenen Nationen Besprechungen ab, um die deutsche Denkschrift durchzugehen und die verschiedenen darin aufgeworfenen Fragen zu prüfen. Einige dieser Fragen müssen offenbar wegen ihres technischen Charakters an Sachverständige verwiesen werden, andere, die mehr politische Bedeutung haben, können am besten vom Rats der Vierzehn oder von der Vollkonferenz geregelt werden. Die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes, die als die Cruz (das Kreuz) Reb.) der ganzen Lage angesehen wird, wird höchstwahrscheinlich von denselben Persönlichkeiten erörtert werden, die die Vollkonferenz bilden, aber nicht in ihrer Eigenschaft als Chef der Delegationen der Alliiertenkonferenz, sondern als Minister ihrer Länder.

Ueber Verlauf und Ergebnis der Abenditzung in London war bis zum Redaktionsschluß ein Bericht nicht eingetroffen.

Räumung und Regiepersonal.

Londoner Parallelkonzferenz.

London, 6. August. (Reuter.) Die von der Konferenz nicht behandelten Fragen, wie die militärische Räumung der besetzten Gebiete, sowie die Befehle über das Rheinland-abbommen hinausgeht, und die Zurückbehaltung allierter Eisenbahner werden einer eigens hierfür eingeleiteten Organisation der „großen Vierzehn“ überwiesen werden, der je zwei Vertreter einer jeden Macht angehören, und die nicht als zur Konferenz gehörig, sondern vielmehr als außerhalb der Konferenz stehend zu betrachten ist.

Die Reparationskommission in London.

Paris, 6. August. (W.B.) Die Reparationskommission hat heute vormittag am Sitz der französischen Delegation in London in einer offiziellen Sitzung den Stand der Konferenzverhandlungen zur Kenntnis genommen. Sie tritt morgen vormittag wiederum zusammen und wird dann vielleicht beschließen, die deutschen Delegierten, die gestern schon sondiert worden sind, offiziell zu hören.

Ein Hungerstreiker in Paris. Der Hauptverurteilte in dem Kriegesprozeß gegen die sozialistische Zeitung „Bonnet Rouge“ wegen Defätismus, Solli, ist seit Montag in den Hungerstreik getreten, um gegen die Ablehnung seines provisorischen Freilassungsgesuches zu protestieren.

Moralisches Irresein.

Rom, Anfang August.

Wir sind jetzt glücklich so weit gekommen, daß der sogenannte äußerste Flügel des Faschismus in Aussicht stellt, unter dem Rufe „Es lebe D u m i n i“ die Verteidiger des Faschismus gegen die Opposition zusammenzuscharen. Freilich ist diese vornehme Parole, die als Parteesymbol einen Scherzen wählt, nur von dem faschistischen Abgeordneten Farinacci lanciert worden, dessen geistige und moralische Minderwertigkeit notorisch ist und von niemand je bestritten wurde. Als Geisteslaborat Farinaccis haben natürlich diese Worte ebenso wenig Bedeutung, wie etwa die stenographische Aufnahme der Reden in einer Lobtsichtigenzelle. Bedeutung gewinnen sie aber dadurch, daß sie im Regime aufgehobener Pressefreiheit gedruckt werden konnten, daß keines der unzähligen offiziellen Organe des Ministeriums aus dem übervollen Born ihrer „autorisierten Informationen“ geschöpft hat, um das neue Parteeimotto abzulehnen und schließlich durch die Tatsache, daß bei dem jüngsten Faschistenaufruf in Albano bei Rom der verruchte, das Land entehrende Ruf wirklich erklungen ist. Sind wir also soweit gekommen, daß ein Mann, der sich rühmt, elf bis zwölf Menschen ermordet zu haben und zwar alle „auf Bestellung“, ein Mann, der es versucht hat, im Moment der höchsten Spannung zwischen Italien und Jugoslawien, für viele Millionen Lire Waffen nach Jugoslawien zu verschleppen und nur durch seine hohen Verbindungen im faschistischen Ministerium damals dem Zuchthaus entging, heute die faschistische Idee verkörpert, gegen die die vereinigte Opposition zu Felde zieht? Hat der Faschismus den überragenden Schatten des ermordeten sozialistischen Bekenntnisses nichts entgegenzustellen als einen moralisch Toten? Der unbegrabene Leiche Matteottis nichts als einen lebendig begrabenen Zuchthäuser? Niemand auch nicht der schlimmste Feind, nicht der größte Verächter des Faschismus hat ihn je beschimpft und besudelt, wie ihn Farinacci besudelt hat. Und daß darauf kein offizielles Wort der Ablehnung erfolgt ist, das zeigt noch einmal, daß die leitenden Kreise des Faschismus heute ein Fremdkörper sind im sittlichen Leben der Nation, abgeperrt von jedem lebendigen Austausch mit dem, was die Volksseele bewegt, erschüttert und entrüstet.

Es mag als mangelnder Edelmut gegen den Gegner erscheinen, daß man dem Faschismus die Worte und den moralischen Unrat eines so wichtigen und nichtswürdigen Individuums wie Farinacci vorwirft und anrednet. Daß man das tun kann und tun muß, daran ist der Faschismus selbst schuld. Für ihn und die Seinen gilt der Grundsatz der absoluten Unterwerfung des Untergeordneten gegenüber dem Übergeordneten. Farinacci sagt nichts, was nicht Mussolini billigte, nichts, was nicht den gewöhnlichsten Faschisten religiöse heilige Norm sein müßte. Ein kräftig faschistisches „Halt das Maul“ aus Mussolinis Munde hätte auf Farinaccis Drang nach politischer Tätigkeit dieselbe Wirkung gehabt, wie seinerzeit die österreichischen Kanonen auf seine Kriegesbegierde: er hätte sich sorgfältig und gründlich verkroden. Der das Wort sprechen konnte und darum sprechen mußte, hat geschwiegen. Er hat den faschistischen Extremismus als Stimmungssache und Seelenverfassung definiert und scheint zu denken, es sei klug, für alle Fälle auch diesen Pfeil unter Preßsion zu halten. Der Faschismus ist offenbar in eine chronische Periode der „Fehler“, der „Gaffes“ eingetreten. Wie könnte er sonst tatlos seiner moralischen Selbstverurteilung zusehen, die ihn dauernd untauglich machen wird zum Felddienst der Geschichte?

Erst in der letzten Julwoche hat sich die Situation so zugespitzt, daß von faschistischer Seite das Bedürfnis empfunden wurde, in der Solidarität für einen der Mörder Matteottis ein Kennzeichen faschistischer Gesinnung zu erblicken. Dies geschah im Anschluß an die angeblichen Enthüllungen Cesare Rossis, der gejagt haben soll, er hätte nur als „Werkzeug des Höchsten“ gehandelt, wie bereits telegraphisch berichtet wurde. Daraufhin brachte das sehr streitbare Organ der katholischen Volkspartei, der „Popolo“, einen Leitartikel, in dem es hieß, daß die Justiz vor keiner Schwelle Halt machen würde. Diese Worte, in die einzustimmen die elementarste Besonnenheit der herrschenden Partei hätte raten sollen, brachte ein faschistisches Organ, das römische „Impero“, ganz aus dem Häuschen, weil ja der bloße Gedanke des gleichen Rechtes für alle eine Västierung des Faschismus ist. Das Blatt schrieb also in seiner Nummer vom 26. Juni:

„Es ist zwecklos, mehr oder weniger verhöfelter auf Mussolini anzuspicken. Der Heerführer, den Retter des Vaterlandes, wird niemand anrühren. Der Faschismus wird es nie um keinen Preis erlauben. . . . Wenn die Schwelle, die man mit dem Verdaht bestücken möchte, die des Palastes Chigi ist (des Ministeriums des Innern), so werden die Schwarzhenden gute Nacht halten. . . . Das ist also euer Ziel, der Heerführer, der Faschismus? Ihr wollt unseren Führer beschuldigen, mit Verdaht und Infamie besetzen? Nur voran, Kasbände, ihr sollt an den Rechten kommen. . . . Das faschistische Italien ruft: wer den Führer anrührt, wird zerhäutet werden. Denn der Führer ist außerhalb und über jedem Verdaht des leifesten Schattens von Schuld. . . . Die Verschwörer der Morte, die als Volkstreunde verkappten Volkverräter, scheinen sich der

Schwelle des Palastes Chigi nähern zu wollen, wo der Schatten Celsus Nacht über die gigantische Gestalt des unerflichen Menschen. Jene Nacht, in der dies geschähe, würde für alle Feinde Italiens zur Bartholomäusnacht werden.

Natürlich dachte kein Präfeldt daran, das „Impero“ wegen dieser friedlichen Einladung zum Bürgerkrieg zu beschlagnahmen. Aber die Stellungnahme des Blattes war den Extremen nicht extrem genug. Wer weiß, was Rossi gesagt haben kann? Wer weiß, ob man auf die Dauer damit auskommen kann, zu sagen: der Heerführer ist unantastbar, weil er unschuldig ist. Und so ging man über zu der anderen Formel: der Heerführer wäre unantastbar, auch wenn er schuldig wäre. So schrieb denn das „Impero“ am nächsten Tage:

„Dieser Mann ist unser Oberhaupt, dieser Mann hat Italien gerettet. Dem Mann, den wir mit den Waffen zur Herrschaft gebracht haben, sind wir durch einen unbedingten Schwur des Glaubens und der Treue verbunden. . . Sowohl, meine Herrschaften, sein Tun ist in unseren Augen keiner Kontrolle unterworfen, wir haben nicht die heutige Gelegenheit abgemartet, um zu erklären, daß er niemand Rechenschaft schuldet, wie jeder wahre Führer. Die demokratischste Monarchie proklamiert ihren König heilig und unantastbar. Die aristokratische aller geistigen Bewegungen proklamiert die Unantastbarkeit ihres Heerführers. . . Mussolini ist Oberhaupt der Regierung und Heerführer des Faschismus. Er ist also noch immer und vor allem der Conditore einer vorwärtsdringenden Revolution. Wenn die Befehlsgewalt Matteottis von ihm gewollt worden wäre, so wäre sie dem Führer der Revolution zuzuschreiben, der nicht mit dem Maßstabe der gemeinen Gerichte gemessen werden kann. Und auch in diesem Fall müßte der Richter vor der Schwelle des Palastes Chigi halt machen. Wie hätte aber dann der Führer gegen die vorgehen können, die seine Befehle ausführten?“

Wir haben hier eine autorisierte, von der Regierung und Parteiführern mit dem „Imprematur“ versehene Version der staatsrechtlichen Auffassung des Faschismus: der Ministerpräsident sieht außerhalb des gemeinen Rechtes; die Verantwortlichkeit der Minister ist ein demokratischer Humbug. Man fragt sich unwillkürlich: ist diese Herrichtung einer Zustufung, eines Apfels außerhalb des gemeinen Rechtes für Mussolini nötig? Liegt eine so ernste persönliche Gefahr vor, daß man darüber die Verletzung des staatlichen Prestiges und des Rechtsbewußtseins der Nation gering achten konnte?

Die Antwort auf diese Frage muß sich der Faschismus bereits gegeben haben. Sicher ist, daß im faschistischen Lager eine panische Furcht ausgebrochen ist. Daß Rossi aus der Schule geplatzt hat, scheint nicht wahr zu sein, wohl aber hat er so wie Filippelli die Zeit zwischen der Ermordung Matteottis und der Verhaftung dazu benützt, um Dinge zu Papier zu bringen, von denen sie mehr wußten als andere. Ein intimer Freund Rossis, ein gewisser Carlo Bazzi, Größter erster Ordnung der faschistischen Presse, Chefredakteur des römischen „Nuovo Paese“, hat sich nach Paris geflüchtet und droht von dort mit Enthüllungen zur Ehrenrettung Rossis. Obwohl dem verhafteten Kassierer der faschistischen Partei, Marinelli, sieben Millionen Lire, die auf seinen Namen deponiert waren, beschlagnahmt worden sind, glauben wir nicht, daß Rossi etwas „enthalten“ wird. Wenige wissen so gut wie er, daß „Schweigen Gold“ ist. Auch Filippelli hat eine „Beichte“ geschrieben und auch von ihr soll eine Abschrift sich in Frankreich befinden; da ist die Sache schon brenzlicher, denn auf Filippelli wirken, ist nicht leicht. Sollte ihn etwa in Regina Coeli der Entrüstungsturm der „reinen Faschisten“ erreichen, so wird seine Beichte unter die Leute kommen. Sie ist so eine Art Lebensversicherung. Aber auch ein Dritter hat geschrieben und zwar sein „Testament“. Der Unterstaatssekretär Finzi, der nach seinem Rücktritt ein melancholisches Vorgefühl davon gehabt hat, daß seinem bürgerlichen Lohne auch sein physisches Verschwinden nachfolgen könnte, hat seinem Bruder und anderen sein versegeltes Testament übergeben. Der römische „Popolo“, der sicher nicht ohne schwerwiegenden Grund den Präfeldten reizt, will durch den versegelten Umschlag hindurch gesehen haben, daß es die Entstehungsgeschichte der Ceta enthält, die

direkt von einem „höheren Herrn“ als Rossi abgehängt hätte. Matteotti sollte der erste in der Reihe der zu beseitigenden Abgeordneten sein. Der Befehl lautete dahin, „heimlich aber endgültig“ die energischsten Führer der Opposition aus der Welt zu schaffen. All dies, dem Testament Finzis zufolge, dem sicher viele ein recht langes Leben wünschen. Wir halten dafür, daß keine persönliche Diskretion so bindend sein kann, einen Ehrenmann zu ermächtigen, der Justiz seines Landes ein so aufklärendes Dokument vorzuenthalten. —

In diesem Zustand der Spannung und des Ekels, in dem sich die öffentliche Meinung befindet, kommen nun noch Fingerzeige über den Verbleib der Leiche unseres ermordeten Genossen, die teils den Erhebungen des Einheitssozialisten Zaniboni, teils dem „Giornale d'Italia“ zu danken sind.

Während die Druderschwärze dieser Enthüllungen noch feucht ist, nimmt der Ministerrat einen Entwurf zur Reform der faschistischen Miliz an. Der Entwurf hat kein Interesse. Bisher war die Miliz „im Dienste Gottes und des Vaterlandes“. Sie gebe Rechenschaft über das, was sie in diesem Dienste getan. Bei der heimlichen Verschärfung eines ermordeten Abgeordneten haben gar zu viele Uniformen der glorreichen Miliz mitgewirkt, als daß es heute interessant sein könnte, diese Miliz durch Kinderstücken zu reformieren.

Bekanntlich hat sich Farinacci erboten, Dumini zu verteidigen, weil der Prozeß durch die Vertreter der Zivilpartei, durch die Genossen Modigliani, Targetti und Connales einen politischen Charakter angenommen hätte. Der „Becco Stalle“ meint, Dumini hatte bei der Ankündigung dieses Verteidigers versucht, sich an dem Gefängnisfenster aufzuhängen. Farinacci hat bereits seinen Verteidigungsplan und getan: Cesare Rossi ist der Berräter Mussolinis, an dessen Stelle er treten wollte. Um Mussolini zu schädigen, hat er sich mit der Opposition verbündet und mit ihr gemeinsam Matteotti umgebracht. Diese Version ist so absolut einseitig, daß es eigentlich gar keines Prozesses mehr bedürfte: man sollte einfach Cesare Rossi und alle Führer der Opposition auf öffentlichem Markte aufhängen, und alles wäre in Ordnung. Dadurch erbrächte man auch den Beweis, daß es die Mörder Matteottis gar nicht böse mit diesem selbst meinten; denn hätte man ihn nicht umgebracht, wäre er ja auch aufgehängt worden.

Es läßt sich kaum etwas Klägliches und Widerwärtigeres denken, als die heutige Phase unseres öffentlichen Lebens: es scheint hin und herpendelnd zwischen Irrenhaus und Zuchthaus. Dabei völlige Freiheit der herrschenden Partei, die, wie man sieht, alles schreiben kann, auch wenn es gegen die Verfassung und gegen die Krone geht, und weitgehende Knebelung der Opposition. Die Faschisten halten ihre Aufgebote, bei denen Spotlieder auf Matteotti gesungen und unbehelligt Tausende Bewaffneter zusammengesogen werden. Eine Zusammenkunft der vereinigten Oppositionen, die am 5. August in Rom stattfinden sollte, ist verboten worden.

„Ein sträfliches Spiel“.

Der Reichstagsbeschluss auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze ab 1. August ist zum großen Befremden, obwohl der Reichsfinanzminister und auch der Reichsarbeitsminister zu dem Beschlusse zustimmende Erklärungen abgegeben haben, bis heute noch nicht durchgeführt. Die Reichsregierung hat noch nicht einmal die erhöhten Unterstützungssätze für Erwerbslose bekanntgegeben. Angesichts der ungeheuren Not, die auf den Erwerbslosen lastet, ist dieses Verschmähen vollkommen unentschuldigbar. Auch die Lage der Kurzarbeiter ist verzweifelt. Nun soll, um den Kurzarbeitern zu helfen, von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung der zehnte Teil für die Unterstützung der Kurzarbeiter gezahlt werden. Es ist überflüssig, zu sagen, daß damit eine wirksame Hilfeleistung überhaupt nicht zu schaffen ist. Selbst das sonst so zahme Blatt Steigerwachs nennt dieses Verhalten der Reichsregierung „ein sträfliches Spiel mit der Not

des Volkes“. Als vor mehr als einem halben Jahre die Unternehmerverbände bei der Reichsregierung vorstellig wurden, um zu verhindern, daß die Löhne der Reichsarbeiter und Angestellten höher festgesetzt werden wie die in der Industrie üblichen, hat das Reichsfinanzministerium ohne Verzögerung dem Reichsarbeitsministerium nahegelegt, auch auf die Schlichtungsstellen einzuwirken, damit die Schiedssprüche billige Löhne festsetzen. Jetzt, wo auf Grund eines Beschlusses des Reichstages schnellstens die Unterstützungssätze für die ärmsten Opfer der Wirtschaftskrise erhöht werden sollen, arbeitet der amtliche Apparat im Schneidentempo.

Miesbacher Franzosenfreundschaft.

Bayerns separatistische Wünsche.

Der „Miesbacher Anzeiger“ hat schon immer in Bayern die Rolle eines Schredensfindes gespielt. Er plaudert mit töstlicher Grobheit aus, was die bayerische Volksseele will, lies richtiger, was die engstirnigen, egoistischen und separatistischen Kirchturnspolitiker der Bayerischen Volkspartei in ihrem innersten Herzen denken. Das Reich, Deutschland, Gesamtinteressen des deutschen Volkes ist dieser separatistischen Gesellschaft noch wie vor vollkommen gleichgültig. Sie wollen vom Anschluß an Deutschland allenfalls das Angenehme und Gute mitnehmen, was die Zugehörigkeit zum größeren Ganzen mit sich bringt, im übrigen aber wollen sie nur Vorteile für sich, keine Opfer für die Gesamtheit. Berlin ist für die bayerische Politik ein bequemes Mittel, um die Schuld für alles Unangenehme auf andere abzuladen, im übrigen kennt sie nur ein Ziel: Wiederherstellung der Reservatrechte. Diese bayerischen Separatisten sind und bleiben Reichsfeinde. Geradezu klassisch kommt die Wut dieser Kirchturnspolitiker über die mit der Stabilisierung der Währung sich ebenfalls entwickelnde Stabilisierung der Reichseinheit in den Spalten des „Miesbacher Anzeigers“ zum Ausdruck. In seiner Nummer vom 3. August wird in der größten Weise darauf geschimpft, daß kein bayerischer Minister an den Londoner Beratungen teilnimmt:

„Wir sind im Besolge Stresemanns eine dekorative Erscheinung, als Bezirksfeldwebel der ehemaligen bayerischen Diplomatie Traditionsstift.“

Noch viel Schlimmeres steht nach dem „Miesbacher Anzeiger“ dem bayerischen „Staate“ bevor.

„England und Amerika berufen ihre Münchener Generalkonsule ab und verlegen sie ihrem derzeitigen Rang entsprechend.“

Der englische Botschaftsrat Elve kommt nach Marokko. Das ist politisch derzeit höher im Rang wie der bayerische Staat.

Bei der Art, wie im sogenannten Ministerium des Äußeren am Promenadenplatz mit dem ausländischen Konsulatskorps nur über Berlin verhandelt wird, und bei der Art, wie sich das Liquidationsministerium von Berlin behandeln läßt, hat München sein Interesse als Platz eingebüßt, an dem man einen gehobenen Generalkonsul haben muß.

Wenn in einiger Zeit auch Frankreich seine Gesandtschaft stilllegen sollte, dann ist das ein Beweis für die — deutsche Treue Bayerns und — eine schwere Niederlage Frankreichs. Weiter?

Nun aber droht noch eine dritte Degradierung.

Diese hängt mit dem Konkordat und der Runtatur zusammen. Bekanntlich gibt es seit einigen Jahren in Deutschland zwei päpstliche Nuntiatoren 1. Klasse, in München und in Berlin, die in Personation von Eggelenz von Pacelli verwechselt werden. Seit Jahr und Tag erscheint von Zeit zu Zeit in der Presse die Notiz, Nuntius Pacelli werde dauernd nach Berlin über, kein Nachfolger in München sei noch nicht ernannt, in Betradz komme der oder der. Bald darauf liest man regelmäßig, die Abberufung Pacellis sei bevor, weil er Kardinal werde. Daß ein Kardinal auf die Dauer nicht Nuntius des Heiligen Stuhles sein kann, ist richtig, daß er als Pronuntius es noch geraume Zeit sein kann, ist aber auch wahr. Wir erinnern an Eggelenz Frühwirth. Alle diese Meldungen werden von Berlin aus in die Presse gebracht. Dort will man nur

Hauptströmungen.

Von Otto Ernst Hesse.

Der Senior der europäischen Kritik, Georg Brandes, scheint dem Geleß des Alters nicht unermorfen zu sein. Der Sechszwanzigjährige sieht weiterhin auf seiner hohen Warte und werdet seine ungeheure Befähigung und Menschenkenntnis aus. Nach Goethe, Voltaire und Michelangelo hat er sich jetzt wieder den Unheroischen zugewandt, zugewandt der Entwicklung Europas, wie sie sich im Durchschnitt der Geister und Ungewisser vollzogen hat. Jenes Werk, das er vor fast zwei Jahrzehnten herausgab, die „Hauptströmungen der Literatur des neunzehnten Jahrhunderts“, hat er neu bearbeitet, verbreitert und vertieft. Zwei der Bände liegen jetzt in der Verabfassung von Ernst Richard Gert, die leider manches vom stilistischen Charme des Kritikers verlorengehen läßt, im Verlage von Erich Reiß in Berlin vor, so daß man ein Urteil abzugeben vermag.

Das große Werk ist über die Literatur hinausgewachsen. Nicht nur und nicht mehr die Hauptströmungen der Literatur des 19. Jahrhunderts werden hier aufgedeckt, sondern durch die Literatur, als die sichtbarste Manifestation des Kulturwillens Europas, hindurch die Hauptströmungen des europäischen Geistes und seiner Entwicklung überhaupt. Die moderne Literaturgeschichte, die sich gern ausschließlich als Formgeschichte gibt, liegt jenseits der Art Brandes, die Literatur nur als Mittel zum Zweck zu benutzen. Es wäre töricht genug, eine heutige Mode als Maßstab an dieses Mannes ebenso persönliche wie überpersönliche, weil ideelle Weise heranzutragen. Brandes steht als europäischer Kritiker, als Zusammenhauer von national bedingten Kulturen zu einer europäischen Einheit jenseits einer Kritik, die nur das Reichliche bezieht. Brandes ist ein Politiker des Geistes, ein Politiker aus dem Geiste heraus. Seine „Hauptströmungen“ sind selbst ein Stück europäischer Geistesgeschichte und stellen die europäische Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts dar.

Formkritik liegt Brandes fern. Er gibt Gehaltskritik. Ihn interessieren die Menschen, die Charaktere, die Wallungen — immer bezogen auf seine Zielsetzungen, ein humanes, freies, geistiges Europa. Diese Einstellung ist so stark, daß er Menschen, in denen das Ruchsterrische überwiegt, ungerecht behandelt. Der zweite Teil des ersten Bandes, „Die romantische Schule in Deutschland“, ist nicht unbedeutend einseitig. Dem geborenen Nationalisten liegen die ästhetisch-ästhetischen Naturen nicht. Aber Brandes' Auffassung und Deutung hat auch ihr Wertvolles, um dessen willen man sie manchem zur Bekräftigung empfehlen muß: er arbeitet den reaktionär-konservativen Ausgang der Romantik scharf heraus. Die Ueberlegenheit des Standpunktes ist auch hier sichtbar, wenn Brandes schon in Fichtes „Reden“ und in der Dichtung und Publizistik der Befreiungskriege die Quelle der

Reaktion sieht, indem er die Doppelstellung der Romantiker in außenpolitischer und innenpolitischer Hinsicht aufdeckt. Was an diesem Abschnitt wieder als besonders bedeutungsvoll auffällt, ist, daß Brandes — wie übrigens auch sonst — vor allem auch jene Geister in den Kreis seiner Erörterung zieht, die nicht eigentlich Dichter, sondern Literaten und Publizisten waren. Wie er Männer wie Görrer und Genh analysiert, zeigt, daß er die Epoche tiefer als die Literatorkritiker verstanden hat, die glauben, die Zeit habe sich in Tiefs und Höhen und Brentanos Märchen abgespielt.

Die große Liebe Brandes' hat Frankreich. Was er im ersten Teil des ersten Bandes über die „Emigranteliteratur“ zusammenbringt, ist immer noch das Geistreichste, was über diesen Gegenstand existiert. Ganz eminent aber ist der zweite Band, und zwar noch stärker als der etwas breitere zweite Teil, der den „Naturalismus in England“ behandelt und in einen Hymnus auf Byron ausklingt, der erste Teil, in dem dieser alle Freischärler des Geistes mit einer wieder überraschenden Hingabe die „Reaktion in Frankreich“ untersucht. Wer die Entwicklung des 19. Jahrhunderts verstehen will, muß an diese Quelle gehen. Brandes hat die internationale Bedeutung der literarischen Reaktionen, der Bonald und de Maistre, erkannt. Mit der Liebe, zu der absoluter Haß werden kann, schildert er vor allem de Maistre; von diesen Kapiteln schreibt er selbst in seinem Vorwort: „Kaum jemand ist mit größerer Wärme dargestellt als Joseph de Maistre, und kaum jemand stand oder steht der Lebensanschauung des Verfassers ferner.“ Er führt die Fäden nach Deutschland hinüber, bringt Frau von Krüdener aufs Tapet und mit ihr die Hanswurstdiade der „Heiligen Allianz“, die trotz aller Lächerlichkeit ein Unglück von Jahrzehnten für Europa werden sollte.

Niemand kann besser als Brandes selbst den Sinn und Zweck des Gesamtwerkes umschreiben: „Was ich darstellen will, ist eine geschichtliche Bewegung, die ganz den Charakter und die Form eines Dramas trägt. Die sechs verschiedenen Literaturgruppen, die ich vorzuführen gedente, entsprechen völlig den sechs Akten eines großen Dramas. In der ersten Gruppe, der französischen, von Rousseau inspirierten Emigranteliteratur, beginnt die Reaktion, aber hier sind die reaktionären Strömungen noch überall mit den revolutionären gemischt. In der zweiten Gruppe, der katholisch-romantischen Schule Deutschlands, ist die Reaktion im Steigen, sie geht weiter, sie hält sich ferner von den Freiheits- und Fortschrittsbewegungen des Zeitalters. Die dritte Gruppe bezeichnet die triumphiierende Reaktion. Byron und sein Anhang bilden die vierte Gruppe. Dieser eine Mann bewirkt den Umschlag in dem großen Drama. Es wechseln daher alle großen Geister Frankreichs ihre Richtung, sie bilden die fünfte Gruppe, die romantische Schule Frankreichs, und die neue liberale Bewegung wird durch Namen wie Lamennais, Hugo, Lamartine, Ruffet, George Sand usw. charakterisiert. Und da jetzt die Bewegung von Frankreich nach Deutschland hinübergeht, ringen auch dort die liberalen Ideen, und die sechste und letzte Gruppe von Schrift-

stellern, die sich schillern will, wird von den Ideen des Freiheitskrieges und der Julirevolution inspiriert.“

Der dritte Band mit den beiden letzten Gruppen steht noch aus. Der geistigen Frische dieses ungreifenhaften Greises, der den liberalen Idealen seiner Frühzeit mit feurigem Herzen treu geblieben ist, wird er gewiß wie die beiden ersten gelingen.

Der Kampf ums Brot.

Nicht von dem alltäglichen Kampf ums Brot, den wir alle kämpfen, ist hier die Rede, sondern von einem wissenschaftlichen Kampf ums Brot, der seit einigen Jahren mit immer größerer Heftigkeit ausgefochten wird. Bei uns hat man schon während des Krieges den Wert des Vollkornbrotes gekostet, als man während der Hungerblockade zu möglicher Ausnutzung des Brotgetreides übergehen mußte. Aber das Kriegsbrot, das wir noch in bösem Angedenken haben, war durchaus nicht dazu angetan, dieses dunkle Brot zu empfehlen, und die deutsche Ernährungswissenschaft hat das Vollkornbrot wegen seiner mangelhaften Ausnutzung durch den Körper abgelehnt. Ein Vorkämpfer entsetzt diesem Brot aber nunmehr in Regna Berg, der die Ergebnisse seiner neuesten Untersuchungen in der „Umschau“ veröffentlicht. Er weist darauf hin, daß die schlechte Bekömmlichkeit des Kriesbrotes zum Teil davon herkomme, daß der Verdauungsorgan bei einem großen Teil unseres Volkes infolge allzuehrlicher Nahrung bereits erschöpft ist und daß die Backweise vollkommen verfehrt war. Durch die Einführung der Maschinen in das Bäckereigewerbe sind die allen bewährten Methoden des Brotbackens aufgegeben worden. Ein gutes, bekömmliches und haltbares Brot soll eine dicke, harte und poröse Kruste und eine vollkommen trockene Krume haben. Statt dessen ist die Kruste bei unserem Brot erst glasart und für Wasser vollkommen undurchlässig, während die Krume noch und ausgedehnt ist. Das Wasser zieht beim Liegen aus der Krume in die Kruste und verdammt sie in eine Art zähes Beber. Durch das schnelle Backverfahren werden die Reime der Schimmelpilze nicht abgetötet, weshalb das Brot schon häufig nach wenigen Tagen schimmelig wird. Das alle, viele Stunden bei niedriger Hitze ausgedehntes Brot aber war trocken und hielt sich wohl ein halbes Jahr. Bergs Untersuchungen mit Vollkornbrot haben zu ganz anderen Ergebnissen geführt, als sie die früheren Brotforscher gewonnen hatten. Er kommt zu dem Ergebnis: „Das Vollkornbrot ist unter allen Umständen wirksamer als das Weizenbrot. Auch gesundheitlich ist es zweifellos weit wertvoller als das Weizenbrot. Die einzigen Bedenken, die man gegen das Vollkornbrot vorbringen könnte, daß schwache Verdauungsorgane dieses Brot nicht vertragen können, verschwinden, wenn das Getreide genügend zerleinert und das Brot hinreichend ausgedehnt wird.“

Das neue Konstantinopel. „Die romantische Türkei“, das mosaische Land des Harems, des Fezes, der Faschas und Guntuns, weicht immer mehr vor der modernen Zivilisation zurück und dürfte bald ganz verschwunden sein. Die neue Türkei räumt unter ihrer republikanischen Regierung mit allen „Bourvikellen“ gründlich auf. Vor allem macht sich dieser Geist in Konstantinopel bemerkbar. Es

eine Kunstabteilung, die Berliner, mindestens aber die Umwandlung der Münchener Kunstabteilung in eine solche 2. Klasse. Dort will man auch kein bayerisches Konkordat. Und da man diesem letzteren Ziel mit dem Ministerium Held sehr nahe gekommen ist, glaubte man auch die Degradierung Bayerns gegenüber dem Vatikan zu erreichen.

Wenn also die französische Gesandtschaft in München eingeht, dann ist das nach dem „Miesbacher Anzeiger“ ganz unzweideutig eine „Degradierung Bayerns“. Kein Wunder, daß die Bayern ausgerechnet jetzt, wo Poincaré in Frankreich darauf drängt, daß für die Organisation der Reichsbahn regionale Gesellschaften gegründet werden, diese bewußt separatistische Politik der französischen Reaktionen durch seine eigenen Forderungen auf Wiederherstellung des bayerischen Eigentums an der Reichsbahn kräftig unterstützt. Die bayerischen maßgebenden Politiker machen es in ihrer Art genau so, wie in Norddeutschland die Junker. Bei diesen heißt die Parole: der Staat ist uns nichts, das Fortemonaie alles, bei den Bayern heißt es: Deutschland ist uns nichts, unser Kirchturn alles. Auch im Innern wird Deutschland nicht gelunden können, wenn nicht der verhängnisvolle Einfluß dieser Reichsfeinde endlich einmal gebrochen wird.

Bayern bleibt separatistisch.

Verfassungsfeierlichkeiten werden nicht erlaubt.

München, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Vorstände aller derjenigen Organisationen, die Wert darauf legen, daß der Verfassungstag in ganz Deutschland würdig gefeiert werde, hätten beim Polizeipräsidenten die Genehmigung zur Veranstaltung einer großen Verfassungsfeier auf dem Königsplatz beantragt und ausdrücklich betont, daß es sich nicht um eine Parteifache, sondern um eine Kundgebung für die Reichseinheit und für die demokratische Verfassung des deutschen Reiches handle. Der Polizeipräsident hat geantwortet, daß Kundgebungen unter freiem Himmel verboten, Ausnahmen nicht vorgesehen seien und er daher die Genehmigung nicht erteilen könne. Dieser Weisung ist ein Ausfluß der „Reichstreue“ der bayerischen Regierung, die jede offizielle Verfassungsfeier trotz Ersuchens der Reichsregierung unterläßt und darüber hinaus auch private Verfassungsfeiern nach Möglichkeit eindrucklos zu machen sucht.

Die Feiern in Preußen.

Der preussische Innenminister weist in einer Verfügung an die ihm unterstellten Behörden darauf hin, daß den staatlichen Angestellten und Arbeitern, soweit sie am Verfassungstage nicht durch dringende dienstliche Obliegenheiten verhindert sind, zur Teilnahme an den staatlichen Feiern des 11. August Dienstbefreiung mit Fortzahlung des Lohnes zu gewähren ist.

Henning als Zirkusklown.

Von der Insel Borkum wird uns geschrieben:

Der „Vorwärts“ brachte im Juli einen Abdruck aus dem „Deutschen Tageblatt“ über besondere Vorgänge auf Borkum am 20. Juli dieses Jahres, deren Ursache die Anwesenheit des Landrats Hubert in Borkum gewesen sein soll. Der Artikel im „Deutschen Tageblatt“ stammt zweifellos von dem Reichstagsabgeordneten Henning und zeigt, wie erschreckend groß die Lügenhaftigkeit dieser „Vorkämpfer bläuscher Eigenart“ ist.

Die ganze Geschichte ist nämlich glatt erlogen.

Hubert war am 20. Juli gar nicht auf Borkum. Es kann sich auch nicht um eine Verwechslung des Tages handeln, weil Hubert regelmäßig am 16. und 17. Juni d. J. in Borkum anwesend gewesen ist, und zwar zu dem Zweck, durch persönliche Verhandlung die Neutralität des Gemeindevorstandes und der Badedirektion zu erreichen. Dieser Versuch schlug fehl, so daß nichts anderes übrig blieb, als mit gesetzlichen bzw. polizeilichen Maßnahmen vorzugehen. Der Pastor Münchmeyer im Verein mit Henning und Hempelmann haben die ganze Geschichte erdacht, um damit die deutschösterreichische Badejeele wehler gegen die Staatsbehörden aufzuheben. Solche Sachen machen

„neues Konstantinopel“ ist im Entstehen, das ein bedeutender türkischer Schriftsteller, Subhi Ruzi Bey, in einem türkischen Blatt folgendermaßen schildert: „Diejenigen, die Konstantinopel vor 15 Jahren kennen, werden sich noch an die große Anzahl der von Pferden gezogenen Wagen erinnern, die die Straßen bevölkerten. Heute gibt es nur noch ganz wenige Türken, die sich einen eigenen Wagen halten können, und diese paar Reichen haben Automobile; die verarmten Wagenbesitzer von einst müssen zu Fuß laufen, was einem Türken vom guten alten Schläge nicht leicht wird. In früheren Zeiten gab es keinen vornehmen Haushalt, der nicht einen Küchenchef besaß. Heutzutage wird man sich vergebens nach Köchen umsehen, ebenso wie nach den legendären Eunuchen oder nach den fremden Gouvernanten und Lehrern, die man für die Kinder hielt. Die reichen Familien hatten uflanreiche „Konaks“ in der Stadt, in denen sie im Winter wohnten, und schöne Kiosks oder Sommerhäuser auf den Höhen über dem Bosphorus sowie „Palais“, Häuser am Wasser. Jetzt herrscht in Konstantinopel die moderne Mietwohnung; sie hat die zahlreichen Dienstdoten unnötig gemacht, sie schließt die Familie enger zusammen, gestaltet das Leben gemüßlicher. Wir erhalten jetzt allmählich eine Mittelklasse mit den Herzen und Heimden, die diese besitzt. In den „Konaks“ lebten Frauen und Männer getrennt, die Frauen im „Harem“, die Männer im „Selamlik“; die Kinder waren der Obhut von Sklaven überlassen. Alle diese alten Bräuche sind verschwunden. Das Familienleben unter dem Kaiserreich hat keine Beziehung mehr zu dem Leben einer türkischen Familie von heute. Der Harem ist tot. Das Leben in der Mietwohnung hat den Türken modernisiert. Diese Veränderungen kommen aus rein wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Da wir kein Geld mehr haben, können wir auch nicht mehr für uns arbeiten lassen. Kriege haben uns ruiniert. Uns hilft niemand, wenn wir uns nicht selber helfen. Wir müssen aus Verbrauchern Erzeuger werden.“

Passionshefte. Gustav Meyerson, Doktor in Rautenberg bei Hildesheim, schrieb in einem Erguß zum 3. August in der „Niederdeutschen Zeitung“: „Vor den Helden des Weltkrieges, die leben und unter uns sind, hat der Revolutionärsstaat keine Flagge nicht Halbmaß zu sehen, sondern sie herunter zu holen und für immer zu streichen, denn sie ist eine falsche Flagge und ehrt die gefallenen Helden nicht. Wenn dann ein Zeichen genannt werden soll, nur geehrt durch das unbefleckte Schwarz-Weiß-Rot des kaiserlichen Deutschlands, und über allem durch das stolze nie besiegte Banner des Kreuzes.“

Die Millionen Toten des Weltkrieges, die dieser Diener der Hete beschwört, würden ihm — wenn sie reden könnten — eine Antwort geben, daß ihn Heulen und Zähneklappern überläme.

Theaterchronik. Marie Vorhadt hat in Gemeinschaft mit Ernst Lassowski das Theater des Westens für die Vorstellungen der Schumanns auf neun Monate gepachtet. Gertrud Gysold wurde als künstlerischer Beirat für das Unternehmen gewonnen und wird in einigen Rollen auftreten.

Das Deutsche Museum für Technik und Industrie in München rechnet, wie Ostas von Müller mitteilt, bellum mit der Eröffnung im Mai 1925. Zur Eröffnung werden von den etwa 6000 Förderern des Museums rund 2000 eingeladen werden. Darunter auch solche aus dem neutralen und dem ehemals feindlichen Ausland, vor allem aus Amerika, wo für dieses Museum das allgrößte Interesse an dem Tag gelegt werden ist.

die Herrschaften des Pfleres. In der Woche vorher hatte Münchmeyer in der Zeitung und sonst überall durch Anschlag und auch mündlich bekanntgemacht, daß Hindenburg an einem bestimmten Tage auf die Dauer von mehreren Wochen nach Borkum kommen würde, um auch „aktiv in den Kampf um die deutsche Sache einzugreifen“. Durch dieses Manöver, das die Spießer auf Borkum in nicht geringe Aufregung versetzt und sie veranlaßt hatte, ihre Gedröck, Inzidenz und Klempnerläden aus den Ecken hervorzuholen, sind die Borkumer allgemein böse enttäuscht worden; aber es macht nichts. Münchmeyer wendet fortgesetzt neue Geschäftsnisse an. »Tatsache ist allerdings, daß Münchmeyer, Henning und Hempelmann sich am Abend des 20. Juli nach Schluß des Konzerts im Musikpavillon wie die Zirkusklowns betragen haben. Der eine hat die Schelle, der andere die Pauke und der dritte die Trommel geschlagen. Henning soll dann zum Schluß im Begeisterungstau auf das Dach des Pavillons gelleitert sein und dauernd die Hafentruzfahne geschwungen haben. Diese Verrücktheiten machen von den zurzeit zirka 9000 Badegästen 100 bis 200 Personen mit. Im übrigen hätte das Verhalten des Pastors Münchmeyer nicht allein auf Borkum, sondern auch vorher schon bei vernünftigen Leuten Anstoß erregt. Münchmeyer war während des Krieges Militärgesellschaftler; bei seiner Arbeit auf der Kanzel brauchte er nicht wie jeder andere Pfarrer Bibel und Gesangbuch als Handwerkszeug für die Kanzel, sondern er besaß diese nur mit Reispelische und gelben Handschuhen.“

Soweit die Zuschrist an uns. Sie verollständigt das Bild des Herrn Henning sehr gut. Dieses Gemisch von Spießer, Zirkusklown und politischen Karren ist das leuchtende Vorbild teutonischer Weltzerberer. Der Herr bewahre uns vor ihnen.

Nationalistischer Terror-Kummel.

Am Montag abend fand in Greifswald eine Waffenkundgebung gegen den Krieg statt, die von den Gewerkschaftskartellen und der Ortsgruppe des Internationalen Bundes der Kriegsoffer einberufen worden war. Der französische Schriftsteller Henry Barbusse war als Redner angekündigt. Die tagelange Hebe der nationalistischen Zeitungen und der Rechtsparteien hatten es bewirkt, daß das Versammlungstotal, die Stadthalle, zunächst durch ein großes Polizeiaufgebot versperrt war. Der Pächter der Stadthalle hatte sich durch die Postfotondrohungen der Nationalisten einschüchtern lassen und verweigerte den vor dem Lokal harrenden Massen den Zutritt. Durch Einschreiten einiger Stadtverordneten gelang es aber, den Saal freizubekommen. Verständigerweise hatte die Polizei im Saale eine Durchsuchung nach Waffen vornehmen lassen, die dann auch eine Menge Gummiknüppel und andere Schlaginstrumente ans Licht beförderte. Die Versammlung mußte bald wegen Ueberfüllung abgesperrt werden. Als dann an Stelle des erkrankten Barbusse der französische Deputierte Jean Gau-thier das Rednerpult betrat, fingen die nationalistischen Hafentruzfinglinge zu grölen an und versuchten auch das Lied „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“ zu singen. In wenigen Minuten wurde die brüllende Horde aber an die frische Luft gefeßt. Dann konnte die Kundgebung zu Ende geführt werden.

Die rechtsstehenden Kreise Greifswalds haben nun heftige Vorwürfe gegen die Polizeiverwaltung erhoben, der sie vorwerfen, daß sie als deutsche Behörde nicht das Aufsitzen eines Franzosen verhindert habe (!) Aus diesem Grunde ist für Freitag eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einberufen worden, in der die Deutschnationalen eine Interpellation über die Vorgänge bei der Räumung des Saales einbringen wollen. Auf der anderen Seite hat der Oberpräsident von dem Polizeidirektor der Stadt einen ausführlichen Bericht eingefordert, da gegen die Ruhestörer vorgegangen werden soll.

Jarres' Ausweisung aufgehoben.

Aber er darf nicht zurück.

Duisburg, 6. August. (W.B.) Der Kommandierende Generalleutnant Burguet hat beschlossen, den durch den Befehlshaber des Weidenskopfes am 29. Januar 1923 gegen den Oberbürgermeister Dr. Jarres erlassenen Ausweisungsbefehl zurückzuziehen. Trotzdem darf Dr. Jarres in seiner Eigenschaft als Reichsminister das Ruhrgebiet nicht betreten und sich in ihm auch nicht aufhalten, und zwar auf Grund der Bestimmungen der Verordnung Nr. 15 vom 24. Mai 1923. Die Zurückziehung der Ausweisung hat jedoch die Wiedereinsetzung in sein Amt als Oberbürgermeister von Duisburg-Ruhrort nicht zur Folge.

Zeichen der „Zeit“.

In der „Zeit“, Zentralorgan der Deutschen Volkspartei, der Partei für Schwarz-Weiß-Rot, Volksoffizier und Bürgerblut, finden wir ein großes Interat einer Berliner Firma, in dem „zur Verfassungsfeier“ Lampions, Stodlaternen, Wackeladeln usw. angeboten werden. Die Lampions werden ausdrücklich mit dem Hinweis angepriesen, daß sie schwarzrotgold sind. Immerhin, man sieht, auch die „Zeit“ paßt sich der Zeit an.

Zuchthausstrafen für Kommunisten.

Die Pölserei in Sommerfrische!

Leipzig, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik verhandelte am Mittwoch unter Vorsitz des Präsidenten Redner einen Hochverratsprozeß gegen einen kommunistischen Parteifunktionär, den Berliner Ingenieur und Reisevertreter Oswald Dieke. Die Sitzung begann mit der Verlesung der beiden vom Reichspräsidenten neu ernannten Mitglieder des Staatsgerichtshofes: Universitätsprofessor Dr. Salomon und Oberlandesgerichtspräsident Reuter-Naumburg. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Sedel-Frankfurt, lehnte zunächst den Vorliegenden wegen Befangendheit ab, jedoch wurde dieser Antrag als unbegründet zurückgewiesen. Die Anklage gegen Dieke war vor Monaten vom Landgericht Kassel zurückgewiesen worden, weil sich Vorbereitung zum Hochverrat erweisen hatte. Dieke soll am 16. Oktober 1923 verurteilt haben, Reichswehrangehörige des Hofgelasmarer Reiterregiments gegen die Offiziere aufzuheben. Von zweien wurde er sofort abgewiesen, zwei andere ließen sich zum Schein mit ihm ein. Dieke suchte die Reiter gegen ihre Offiziere und den vielen Dienst bei geringer Löhnung aufzureizen und forderte sie außerdem auf, in den geheimen „Bund freier Soldaten“ einzutreten. Auf die Frage des einen Reiters, ob der Bund kommunistische Ziele verfolge, gab der Angeklagte seinerzeit keine klare Antwort. Er verlangte von den Soldaten, den Befehlen ihrer Vorgesetzten nicht Folge zu leisten, ja sogar die Offiziere zu töten. Wenn die nahe bevorstehende Revolution der Arbeiter ausbräche, dann sollten sie nicht zögern, sie seien doch auch Arbeiter. Er gab den Soldaten auch ein Flugblatt zu lesen. Ein weiteres, viel schärfer gehaltenes Flugblatt wurde später in Dieses Gepäc beschlagnahmt. Die Reiter sollten D. auch Waffen beschaffen. Für den Abend lud er sie ein und hielt sie frei, nachdem er sie aufgefordert hatte, noch weitere, sichere Kameraden mitzubringen. Er gab ihnen auch noch 150 Millionen Papiermark und stellte ihnen hohe Vertrauensposten im „Bund freier Soldaten“ in Aussicht und größere Geldsummen für Meldungen und Geheimbefehle der Reichswehr. Diese sollten sie einem gewissen

Schumacher in Hofgelasmare übergeben, dem Vertrauensmann der Partei. Der Angeklagte bestritt die ihm zur Last gelegten Hochverratsvergehen; es sei allerdings ein Fehler gewesen, daß er den Soldaten das Flugblatt, dessen Inhalt er nicht gekannt habe, gegeben habe. Alles andere, was er mit den Soldaten besprochen und um was er sie ersucht habe, habe sich lediglich auf seine geschäftliche Tätigkeit bezogen. Waffen hätte er nur für das Ausland kaufen wollen, um in den schlechten Zeiten eine Provision zu verdienen. Die beiden Reiter bestätigten als Zeugen unter Eid die Angabe der Anklage, ebenso zwei weitere Reichswehrangehörige. Der Zeuge Schumacher aus Hofgelasmare, der sich selber als Mitläufer der R.P.D. bezeichnet, will sich nicht bewußt sein, wie der Angeklagte auf seine Adresse verfallen sei. Er blieb unvereidigt. Gerichtshof, Reichsanwalt und Verteidiger verzichteten auf alle weiteren Zeugen. Der Reichsanwalt beantragte 3½ Jahre Zuchthaus, für den Fall, daß der Staatsgerichtshof einen minder schweren Fall annehme, 4 Jahre Gefängnis. Der Verteidiger stellte den Angeklagten als harmlosen Menschen hin, der lediglich kaufmännische Ziele und das Wohl und Wehe seiner Familie im Auge gehabt habe. Er sei nicht Hauptfunktionär in der kommunistischen Partei gewesen. Nach fünfmonatlicher Beratung des Staatsgerichtshofes verkündete der Präsident das Urteil: 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft, 200 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten.

Dieke hat etwas versucht, was ihm mißlang. Er kommt ins Zuchthaus. Die Hitler, Ludendorff und Konsorten haben ganze Truppenteile mit Erfolg zum bewaffneten Aufstand geführt, Ehrhardt dergleichen. Der letztere ist noch immer in Freiheit, Ludendorff freigesprochen, Hitler u. a. genießen einige Monate Sommerfrische. Das ist deutsche Justizeinheit!

Herriot-Theunis-Stresemann verhandeln.

Paris, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Pariser Abendblätter bestätigen, daß außerhalb des Rahmens der Konferenz ein privater Meinungsaustausch zwischen Herriot, Theunis und Stresemann begonnen habe. Es scheint sich in erster Linie um eine Fühlungnahme über die Möglichkeit eines Kompromisses in der Frage der baldigen Räumung des Ruhrgebietes zu handeln. Frankreich scheint im Prinzip dazu bereit zu sein. Die Zugeständnisse, die es dafür von Deutschland verlangt, dürften auf dem Gebiete der bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen liegen. Für die wachsende Bedeutung, die man dieser Frage in den führenden Wirtschaftskreisen und Finanzkreisen Frankreichs beimißt, spricht eine Äußerung der „Journée Industrielle“, daß von dieser Frage die zweite Hälfte der Londoner Konferenz beherrscht werde. Die Erfolgs, die Herriot auf diesem Gebiete mitbringe, seien bestimmt für die Beurteilung seiner diplomatischen Leistung. Die „Information“ erinnert daran, daß am 10. Januar 1925 das zugunsten Frankreichs im Friedensvertrage einstimmig festgelegte Weisbegünstigungsrecht abläuft, nachdem die französische Regierung die Frist für den beim Völkerbund gestellten Antrag auf Verlängerung ungenutzt habe verstreichen lassen. Die deutsche Delegation habe dadurch einen sehr wertvollen Trumpf in der Hand, und man werde ihr seinen Vorwurf daraus machen können, wenn sie sich seiner in den Verhandlungen bediene.

London, 6. August. Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist heute vormittag 'n London eingetroffen.

Keine Besprechung Breitscheid-Herriot.

London, 6. August. (Zusammenfassung unserer Sonderkorrespondenten.) Pariser Blätter melden, daß Genosse Breitscheid am Montag von Herriot empfangen worden sei. (Auch wir haben diese Meldung, die uns unser Pariser Korrespondent auf Grund der dort vorliegenden Nachrichten übermittelt, gebracht. D. Red.) Diese Meldung ist unwahr. Weder ist Breitscheid von Herriot empfangen worden, noch hat Breitscheid den Versuch gemacht, Herriot zu sprechen.

Russisch-englische Einigung.

London, 6. August. (W.B.) (Unterhaus.) Bonsonby wurde, als er sich erhob, um die angekündigte Erklärung über die englisch-russischen Verhandlungen abzugeben, von der Arbeiterpartei mit lautem Beifall begrüßt. Er teilte mit, daß mit der russischen Delegation heute nachmittag um 3½ Uhr ein endgültiges Übereinkommen erreicht worden ist. Ferner gab er bekannt, der Handelsvertrag sei in dem Sinne abgeändert worden, daß England dem Monopol der Sowjetregierung, betreffend den auswärtigen Handel, Rechnung trägt und einer Zahl von Handelsdelegationen die diplomatische Immunität gewährleistet. Außerdem teilte Bonsonby noch mit, daß ein Handelsvertrag und ein allgemeiner Vertrag abgeschlossen wurden.

Bonsonby sagte über die englisch-russischen Verhandlungen, die Regierung habe sich den Sowjetbetreuen, betreffend die Anerkennung und betreffend die Nationalisierung, gegenüber befunden. Während die britische Regierung sich auf den Standpunkt gestellt habe, daß das Sowjetssystem nicht ihre Angelegenheit sei, sei sie dafür eingetreten, daß die legitimen Rechte britischer Staatsbürger anerkannt werden sollten. Der allgemeine Vertrag enthalte ein

Zugeständnis der Verpflichtungen gegenüber den Obligationen-inhabern der Sowjetregierung

und eine Versicherung, daß sie mit den Obligationeninhabern verhandeln wird (lautes Gelächter bei der Opposition), er glaube, daß diese Verhandlungen tatsächlich in einer sehr beträchtlichen Anzahl von Fällen im Gange seien. Was die gemischten Ansprüche betreffe, so solle eine Vereinbarung erfolgen, durch welche die Ansprüche untersucht und eine Pauschsumme geschaffen werden solle. Für die Eigentumsansprüche, die die größten Schwierigkeiten gebracht hätten, würden beide Seiten Kommissionsmitglieder ernennen, welche die Ansprüche untersuchen und über die Kompensationen entscheiden würden. Wenn die Obligationeninhaber befristeten, wenn die britische Regierung bezüglich der Pauschsumme für gemischte Forderungen befriedigt sei, und wenn eine Regelung mit Bezug auf die Eigentumsansprüche vereinbart sei, dann würden diese Vereinbarungen in einem darauffolgenden Vertrag niedergelegt werden, und die britische Regierung würde dann dem Parlament einen Vorschlag unterbreiten, durch den

der Sowjetregierung eine Anleihe garantiert

werden solle, über deren Betrag und deren Bedingungen nach Erfüllung der obigen Vereinbarungen entschieden werden solle. Er hoffe, der Vertrag werde morgen unterzeichnet werden.

Die Regelung sei ein Beispiel der internationalen Politik der Regierung, welche bezwecke, scharfe Forderungen über geringfügige Punkte und Streitigkeiten über abgehandelte Fragen zu vermeiden und eine allgemeine Regelung auf breiter Grundlage, begründet auf Berücksichtigung und Zusammenwirken, zu suchen und dadurch mitzuteilen, die Freundschaft der Nationen wiederherzustellen, um die europäischen Völker empfinden zu lassen, daß endlich die Regierungen ihre Macht und Autorität nicht in mer für kriegerische Zwecke benutzen, sondern für die Erhaltung des Friedens und der Brüderlichkeit, nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis.

Selpel auf Erholung. Der deutschösterreichische Bundeskanzler Dr. Selpel hat sich nach Mehrerau bei Bregenz begeben, wo er Gast des Zisterziensers Saizes sein wird.

Gewerkschaftsbewegung

Vom sozialen Gewissen.

Es ist eine ganz eigenartige Sache mit dem sozialen Gewissen. Die Frage, ob es denn etwas Derartiges überhaupt noch gibt, läßt sich nicht ohne weiteres verneinen. Es ist aber so tief versteckt, so hart umpanzert, daß es sich nur gelegentlich, bei erschütternden Unglücksfällen einmal regt. Im kapitalistischen Weltgetriebe würde es nur hinderlich sein, deshalb wird es so sehr zurückgedrängt.

Als es gegen Ende des Krieges darauf ankam, die Bandwirte zur Hergabe von Lebensmitteln für die Schwerverarbeiter zu bewegen, schickte man Pastoren und sonstige wohlmeinende Bürger aus den ost- und westpreussischen Gebieten in die rheinisch-westfälischen Industriebezirke, um ihnen in die Arbeitsmethoden der Hochöfenwerke und der Bergwerke einen Einblick zu geben und ihn den Gutsbesitzern, den Gutspächtern und ihren Frauen zu übermitteln. Die Methode, die Durchhalter zu bewegen, wenigstens den Schwerverarbeitern das von ihnen geforderte Durchhalten ein wenig zu erleichtern, war neu und blieb so nicht ganz ergebnislos.

Eine chronologische Darstellung der weiteren Entwicklung der Dinge von der Zustimmung der Großindustriellen zur Einführung des Achtstundentags bis zur Wiedereinführung des Zweischichtsystems würde deutlich erkennen lassen, daß das soziale Gewissen wieder eingewiegt, gewaltsam unterdrückt wird. Wir sind gewiß nicht so naiv, von gelegentlichen Appellen an das soziale Gewissen eine Besserung der Lage der Arbeitnehmerschaft zu erwarten, noch gar unsere Sache auf die Erregungen des sozialen Gewissens zu stellen. Dennoch wäre es verfehlt, ganz davon zu schweigen und das soziale Gewissen vollständig verloren gehen zu lassen, ohne auch nur den Versuch zu machen, es gelegentlich wachzurufen.

Die Ferienzeit bietet insbesondere Stoff zu diesbezüglichen Betrachtungen. Auch dem feinsten Unternehmer erscheint es als eine Lebensnotwendigkeit, abgesehen von all den übrigen Gelegenheiten zu kurzem Ausspannen, eine Sommerreise zum Küstentale an der See oder im Gebirge zu machen. Mancher hätte dabei Gelegenheit, aus den Fenstern des Speisewagens oder denen seines Abteils 1. oder 2. Klasse die Straßenarbeiter zu beobachten, sich auf das Züppersonal zu besinnen, von dessen Aufmerksamkeitslosigkeit seine Sicherheit abhängt, bei Fahrten auf schmutzigen Dampfern einen Platz in das Kesselhaus zu werfen, auf die so fieberhaft und gesund erscheinende Tätigkeit der Pfleger und dergleichen mehr. Doch anstatt sich zu freuen, daß es auch den Arbeitnehmern möglich gemacht werden muß, einmal auszuspannen und sich gehörig zu erholen, geht das Unternehmertum dazu über, die der Arbeitnehmerschaft während der Revolutionszeit eingeräumten paar Ferientage, die zunächst nur einen Anfang darstellen konnten, wieder zu kürzen oder gänzlich zu streichen. Oder aber, wie Herrschaften, die aus eigener Kenntnis der Dinge genau wissen, daß die Ferienzeit selbst bei bescheidenen Ansprüchen mehr Geldmittel erfordert als die gewöhnliche Lebenshaltung, lassen sich zur Ferienvermehrung ohne Fortzahlung des Lohnes herbei, wo doch eine Zulage zum Lohn wäre. Das Unternehmertum hat berechnet, daß bei nur vier Tagen Jahresurlaub für zehn Millionen Handarbeiter in fünf Jahren ein Ausfall von zweihundert Millionen Arbeitstagen entsteht, der einen Ausfall von 1,0 Milliarden bedeuert. Vielleicht berechnen die Herren einmal, wieviel Zeit ihrer überragenden wertvollen Tätigkeit bei ihrem eigenen Urlaub und dem ihrer Herren Direktoren alljährlich verfliehet, wie groß der dadurch entstehende Ausfall ist und wie hoch die Kosten sind, die sie für sich und ihre geschätzten Familienangehörigen bei ihren Frühjahrs-, Sommer- und sonstigen privaten Reisen in fünf Jahren dabei aufwenden müssen. Die Herrschaften dürfen nicht ganz vergessen, daß diese Handarbeiter sogar auch Menschen sind, von denen sehr viele auf ihren Ertragsreisen in Bichwagen andere Länder gesehen haben und dabei schönere Gegenden als ihre Fabrikquartiere.

Die Dauer des Arbeitstages ist für die Unternehmer „keine Frage der Weltanschauung, sondern der Wirtschaftsbilanz“. Wir müssen schon gestehen, daß uns der Popanz dieser Wirtschaftsbilanz, zu der die Unternehmer selber die Unterlagen liefern und in der neben der Tüchtigkeit der einen auch die geringere Fähigkeit und Reformfreudigkeit der anderen zum Ausdruck kommt, in dieser Frage wenig imponiert. Da es sich nicht um ein Rechtsexempel dreht, kann dahingestellt bleiben, ob diese Wirtschaftsbilanz absolut zuverlässig ist. Die Stellungnahme der Unternehmer zur Frage des Achtstundentages würde zweifellos gerechter sein, wenn jeder, der sich für die Verlängerung der Arbeitszeit einsetzt, verpflichtet würde, zuvor etwa vier Wochen lang die seinen körperlichen Kräften entsprechende Arbeitsleistung in irgendeinem Betriebe während täglich acht Stunden zu verrichten. Die Arbeitszeitfrage ist wesentlich mit eine Frage des sozialen und damit des kulturellen Gewissens. „Die deutsche Arbeitnehmerschaft erkennt die kulturelle Bedeutung des Achtstundentages an“ — lesen wir in der eben erschienenen Denkschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Aber die Herren werden dieses Lippenbekenntnis sofort verstummen durch die Rechenmaschine, die ihnen das Additionsergebnis liefert, daß der Übergang zum schematischen Achtstundentag im November 1918 einen Arbeitsverlust von etwa neun Stunden in der Woche und in fünf Jahren einen Ausfall von rund 25 Millionen Pro-

duktionsstunden gebracht habe. Die Zahl der Arbeitsstunden, die durch Arbeitslosigkeit infolge Betriebsstillegungen, Feiertagen, Kurzarbeit wie durch Ausperrungen und den Arbeitern aufgezwungene Streiks verloren ging, ist nicht berechnet.

Eine der wichtigsten Fragen des sozialen Gewissens aber, die mit der Erwerbslosenunterstützung keineswegs beantwortet ist, ist die Frage, wo all die „Abgebaute“ bleiben sollen? Soll ein Teil der Arbeiter 12 Stunden schuften und dabei kulturell verkommen, der andere Teil aber — die „dritte Schicht“ — zum langsamen Hungertode verurteilt sein?

Das soziale Gewissen erhebt auf solche Fragen eine Antwort. Je stärker es aber unterdrückt wird, um so unangenehmer mühte es sich eines Tages bemerkbar machen und alle Berechnungen über den Haufen werfen. Auch die Handarbeiter sind gleich den Kopfarbeitern Menschen aus Fleisch und Blut und nicht nur Nummern und Zahlen, wie in den Personalkartotheken der Betriebe. Den Menschheitsproblemen ist mit Rechenmaschinen allein nicht beizukommen. Das soziale Gewissen muß dabei mitsprechen. Die Rechenmaschinen haben es wieder aufgerüttelt!

Verfassungstag Volkstag

Gewerkschaftsbeamte als Sachverständige vor Stillegungen

Ein Kenner der Bedingungen für Stillegung von Betrieben schreibt uns: Ein Gutachten des Professors Dr. Rud. Schulz (Abgedruckt in der „Neuen Zeitschrift für Arbeitsrecht“ Nr. 7/8, 1924) erörtert die Frage, inwieweit eine Demobilisierungsbehörde nach § 3 der Stillegungsverordnung berechtigt ist, zu der vorgeschriebenen Aufklärung auch Gewerkschaftsbeamte gegen den Willen des Arbeitgebers heranzuziehen. Der § 3 schreibt vor, daß die Aufklärung im Benehmen mit Betriebsleitung und Betriebsvertretung „gegebenenfalls unter Heranziehung von Sachverständigen, insbesondere der zuständigen Fachorganisationen (z. B. wirtschaftliche Vermittlungskörper, Augenhandelsstellen) und der amtlichen Berufsvertretungen“ vorzunehmen ist. Außerdem werden die Behörden ermächtigt, „alle Anordnungen zu treffen, die geeignet erscheinen, die tatsächlichen Verhältnisse des Betriebes aufzuklären“. Da die Rechtslage nicht ganz klar erscheint und die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß Arbeitgeber sich gegen die Heranziehung von Gewerkschaftsangehörigen wehren, ist es bedeutungsvoll, daß Professor Schulz unter voller Würdigung aller Bedenken zu dem Schlusse kommt, „daß im vorliegenden Falle der Arbeitgeber nicht berechtigt ist, gegen die Zulassung der Gewerkschaftsangehörigen als Sachverständige Einwendungen zu erheben und ihnen das Betreten des Betriebes zu verweigern. Tut er es doch, so macht er sich eventuell nach § 7 der Stillegungsverordnung strafbar. Etwas anderes wäre es, wenn die Gewerkschaftsangehörigen nicht als von der Demobilisierungsbehörde hinzugezogene Sachverständige auftreten, sondern als bloße Zuschauer hyn. Zuhörer der Vertreter der Demobilisierungsbehörde bei dessen Aufklärungstätigkeit begleiten würden. Dann hätte dieses natürlich nichts mit der Bestimmungen der Stillegungsverordnung zu tun und der Arbeitgeber wäre ohne weiteres berechtigt, ihnen den Zutritt zu seinem Betriebe zu verweigern.“

Unter Berufung auf dieses Gutachten wird es den Gewerkschaftsangehörigen möglich sein, ihre Zulassung zu Stillegungsverhandlungen durch die beteiligte Behörde in wünschenswerter Weise sicherzustellen, was bei den zahlreichen Betriebseinstellungen gerade im Augenblick sehr wichtig ist.

Aussetzen muß bezahlt werden.

Die Aktiengesellschaft für Automobilbau (Aga) mußte Mitte Mai wegen allgemeiner Geschäftsflaute ihren Betrieb erheblich einschränken. Mehr als 200 Arbeiter wurden überflüssig. Aber die Firma schritt nicht zur Entlassung der überzähligen Arbeiter, denn sie nahm an, das Geschäft würde sich in absehbarer Zeit wieder heben und für diesen Fall wollte sie sich die eingearbeiteten Arbeiter sichern. Man sagte also den Arbeitern, sie müßten ein wenig eilen aussetzen. Sie würden aber bei dem bald zu erwartenden Aufschwung der Konjunktur wieder eingestellt werden. Der Betriebsrat protestierte zwar gegen das Aussetzen so vieler Arbeiter und verlangte, daß die Firma, wenn schon der Betrieb eingeschränkt werden müsse, Kurzarbeit einführe. Das Verlangen des Betriebsrats wurde jedoch nicht erfüllt. Es blieb beim Aussetzen. Die Arbeiter erhielten ihre Papiere nicht, soweit sie sie nicht ausdrücklich forderten. Das Arbeitsverhältnis war also nicht gelöst. Wochenlang wurden die Ausgesetzten hingehalten mit der Verstrickung auf Wiedereinstellung. Dann zeigte sich, daß auf eine Besserung der Geschäftslage nicht gerechnet werden konnte. Von Mitte Juni ab wurden die Ausgesetzten nach und nach entlassen. Der größte Teil der Arbeiter ließ sich bei der Entlassung bewegen, die bekannte Ausgleichsquittung zu unterschreiben, keine Ansprüche mehr an die Firma zu haben. Die anderen Arbeiter, welche diese Bescheinigung nicht oder unter Vorbehalt unterschrieben hatten, klagten beim Gewerbeamt auf Schadenersatz für die Zeit des Aussetzens und drangen auch mit ihrem Anspruch durch. Die Firma wurde verurteilt, den Klägern den Schaden zu ersetzen, der ihnen durch das Aussetzen in der Zeit vom 15. Mai bis zur Entlassung entstanden ist. Die Höhe der jedem Kläger zustehenden Entschädigung soll in einem späteren Termin durch Endurteil festgelegt werden.

Schiedspruch für die ober-schlesischen Eisenhütten.

Unter Vorsitz des vom Reichsarbeitsministerium bestellten Schlichters Prof. Dr. Brahn wurde am 6. August in Berlin ein Schiedspruch gefällt, der mit Rücksicht auf die augenblicklich schwierige wirtschaftliche Lage der ober-schlesischen Hüttenindustrie neben einigen wirtschaftlich notwendigen Veränderungen der Arbeitsbedingungen eine Senkung der Löhne um fünf Prozent vorseht, andererseits aber die Grundlage der Akkordverdienste erweitert.

Zur Arbeitszeitverlängerung in Polnisch-Oberschlesien.

Aus Warschau wird gemeldet: Auf Grund der Tatsache, daß die Regierungsverordnung über die Verlängerung der Arbeitszeit in Oberschlesien von acht auf zehn Stunden insofern falsch ausgelegt wurde, daß auch im Bergbau diese Arbeitszeitverlängerung vorgenommen wurde, hat die Zentralregierung in Warschau den Demobilisierungsminister darauf hingewiesen, daß die Verordnung vom 18. Juli sich nur auf die Hütten beziehe.

Die schweizerischen Gewerkschaften.

Das Bureau der Gewerkschaften in der Schweiz veröffentlicht soeben seinen Rechenschaftsbericht über die Zeit von 1920 bis 1924. Vor dem Kriege zählten die schweizerischen Gewerkschaften 80 000 Mitglieder. Anfang 1920 war die Mitgliederzahl auf 224 000 gestiegen; inzwischen ist sie jedoch wieder auf 151 000 Mitglieder zurückgegangen, obwohl einige neue Verbände gegründet wurden, wie z. B. der Verband der Post- und Telegraphenarbeiter. Auf sozialpolitischen Gebieten geht die Arbeit der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit vor allem der Revision des Gesetzes über die Unfallversicherung und der gesetzlichen Festlegung eines Mindestlohnes in der Hausindustrie. Dieses Gesetz war im Volksbescheid mit einer schweren Mehrheit verworfen worden. Ferner liegen sich die Gewerkschaften die Regelung der Auswanderung und der Frauen- und Kinderarbeit in Fabriken angelegen sein. Auf wirtschaftlichem Gebiete waren die Ziele zur Beseitigung der Einfuhr und des Getreidemonopols Gegenstand zahlreicher Anträge der Gewerkschaftsorganisationen. Als einen großen Sieg konnten die Gewerkschaften die Ablehnung der sog. Verhoerlei durch die Bundesregierung den 1. August d. d. Tag abschaffen wolle durch Volksentscheid buchen. Die Beziehungen zur Arbeiterzentrale waren gute. Eine besondere Aktion wurde zugunsten der deutschen Ruhrkinder durchgeführt. Außerdem wurden zahlreiche Unterführungen bei Streiks gewährt. Der Bund geistiger Arbeiter in der Schweiz beschloß seinen Beitritt zu der neugegründeten Internationalen für geistige Zusammenarbeit.

Die Gewerkschaftsbewegung in Japan.

Der Japanische Gewerkschaftsbund zählt zirka 24 000 Mitglieder. Die fürstliche Arbeiterorganisation ist die der Mechaniker und Maschinisten, die zirka 20 Proz. seiner Mitglieder umfaßt. Auf die Schiffbauarbeiter entfallen 15 Proz., auf die Bergleute 12 Proz. Es bestehen noch Verbände der Buchdrucker, Schiffszimmerer, Textilarbeiter, Uhrmacher usw. Ein bedeutender Verband ist der der Seefleute, der mit dem Gewerkschaftsbund zusammenarbeitet und zirka 23 000 Mitglieder zählt. Die zahlenmäßig größte Organisation ist jedoch der Landarbeiterverband mit 45 000 Mitgliedern. Er ist dem Gewerkschaftsbund nicht angeschlossen, arbeitet aber insofern mit ihm zusammen, als mehrere Mitglieder seiner Exekutive auch im Vorstand des Gewerkschaftsbundes sitzen. Suzuki, der Präsident der Bundeszentrale, ist zudem Mitglied der Exekutive der Landarbeiterorganisation.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Zahl der organisierten Arbeiter im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter sehr klein ist. So sind von insgesamt 400 000 Bergleuten nur 3000 organisiert. In der Landwirtschaft sind 5 1/2 Millionen Familien beschäftigt, 3 800 000 sind allerdings Pächter, doch sie gehören nichtsozialdemokratisch zum Proletariat und müssen hart kämpfen, um ihr Leben fristen zu können.

Der Vorsitzende des Japanischen Gewerkschaftsbundes, Suzuki, umschreibt das Programm der Organisation wie folgt: Achtstundentag und 48-Stunden-Woche, Minimallohn, Abschaffung der Nachtarbeit, Einführung der Verfallens- und Demobilisationsfreiheit, Anerkennung Ruhsunden, Anerkennung des 1. Mai als nationalen Feiertag, Zusammenarbeit aller Arbeiter Japans in einer wirtschaftlichen Bewegung.

Die Leipziger Zimmerer hatten durch Urabstimmung am 5. August den Schiedspruch für das westfälische Baugewerbe, der die 46stündige Arbeitswoche vorseht, abgelehnt. Da dieser Spruch aber eine bezirksliche Regelung vorseht, erfolgte eine Abstimmung im gesamten Bezirk, bei der von 8000 Zimmerern Beschäftigten ungefähr 4300 für Annahme des Schiedspruches stimmten und 3700 dagegen. Die Zimmerer Leipzigs werden daher heute früh die Arbeit wieder aufnehmen.

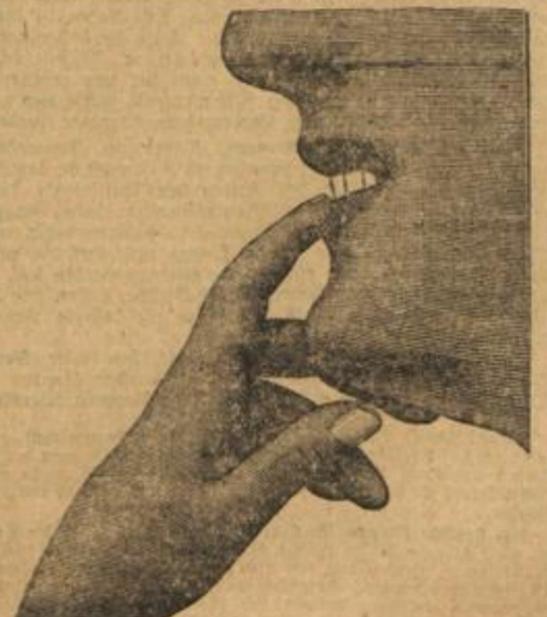
Die Hafenarbeiter in Danzig sind auf die Ankündigung einer Lohnkürzung von 60 Pfennigen täglich durch den Hafenbetriebsverein in den Streik getreten. Die Arbeit soll nur in solchen Betrieben fortgesetzt werden, wo der bisherige Tagelohn von 10,20 Gulden weitergezahlt wird. Auch den Weichholzarbeitern ist eine Lohnkürzung von 10-12 Proz. angekündigt worden.

Zentralverband der Zimmerer. Vom Bezirk 39, Spandau, treffen sich alle Vertreter der Bauhellen heute des Vergütungsausschusses morgen, Freitag, abends 7 Uhr bei Steinweg, Blombergstraße. Weiter sei hiermit darauf hingewiesen, daß am Sonnabend, den 9. August, bei allen Bezirksvereinen Eintrittskarten zum 41. Stiftungsfest zu haben sind. In der nächsten Woche wird nicht am Sonnabend, den 16. August (Stiftungsfest), sondern am Freitag, den 15. August, in allen Bezirken stattfinden. Der Vorstand.

Demokratisch für Politik: Groß-Kreuz; Wirtschaft: Heinz Sabernus; Gewerkschaftsbewegung: Frische; Gärten: Heulietten; R. A. Wäcker; Soltes und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: Th. Glode; Anzeigen in Berlin: Verlag: Formata-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formata-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 3. Hierzu eine Beilage und „Frauenzimmer“.

Noch sind Ihre Zähne gesund —

wenn Sie aber Ihren Mund und Ihre Zähne nicht richtig pflegen, dann werden sich bald Krankheitserscheinungen bemerkbar machen, die Ihnen qualvolle Stunden bereiten. Beugen Sie vor! Ein Glas warmes Wasser mit ein paar Tropfen Odol — mehr brauchen Sie nicht. Damit spülen Sie tüchtig den Mund, und damit bürsten Sie — am zweckmäßigsten nach jeder Mahlzeit — gründlich die Zähne: das ist die beste Methode, Ihren Mund und Ihre Zähne zu pflegen und außerdem auch die billigste, denn Odol ist sparsamer im Gebrauch als alle Zahnpasten und Zahnpulver. — „Odol“ ist ein Kulturbegriff. Odol gehört der Welt!



Museen, an denen man vorübergeht.

Die Sammlung für deutsche Volkskunde.

Von Museen, die zu wenig bekannt sind und von wenigen besucht werden, war hier wiederholt die Rede. Die Sammlung für deutsche Volkskunde aber in der Klosterstraße 36 liegt so im Verborgenen und Vergessenen, daß sie mit Ausnahme von ein paar Eingeweihten, Fachgelehrten und Kunstbesessenen überhaupt niemand kennt. Spricht man vom Trachtenmuseum, wählt man den volkstümlicheren Namen für die Sammlung, dann findet man wohl den und jenen, der davon schon gehört hat, ohne freilich zu wissen, was das ist und wo es ist. Will man aber Kultur und Kulturgeschichte der verschiedensten deutschen Stämme aus den verschiedensten Zeiten kennenlernen, will man wissen, wie der Bauer und der Bürger dereinst gelebt und woran sie ihre Herzen gehängt haben, dann gibt es zu dieser Kenntnis keinen besseren Weg und kein leichteres Mittel als einen Besuch der Sammlung für deutsche Volkskunde. Unter dem Namen „Museum für deutsche Volksstrachten und Erzeugnisse des Hausgewerbes“ wurde 1889 das Museum aus privaten Mitteln gegründet, 1904 wurde die Sammlung vom Staat übernommen und 1906 bedeutend erweitert. Die Entstehungszeit der meisten Trachten ist das 19. Jahrhundert, Möbel und Geräte reichen zum Teil bis in das 15. Jahrhundert zurück.

Die Volksstrachten.

In übersichtlicher Weise aufgestellt und geordnet, bekommt der Besucher zunächst einen guten Einblick in die zum Teil sehr eigenartigen und heute bereits ausgestorbenen Trachten der Bewohner einzelner Provinzen. Bei der Betrachtung der Schau aus Ostpreußen und Pommern kann man leicht erkennen, daß sich die Bevölkerung dieser Gegenden zwar vielfach mit den verschiedenen Eroberern vermischte hat, daß aber im Hausbau sich die Spuren der rein gebliebenen Stämme erhalten haben. Hier hat man auch slawische Trachten ausgestellt, die heute, ebenso wie die Trachten von Kügen und Tasmanien bei Köslin, im steten Rückgang begriffen sind, also einen außerordentlich seltenen Besitz darstellen. Für die bekannte Freiheitsliebe und Bodenständigkeit der Freien zeugen auch die Trachten, die felsam geformten Geräte, eigenartigen Holzschmuckstücke und die Schmuckstücke des Landvolles. Besonders charakteristisch ist sodann auch die Tracht der Bierländer sowie ihre Möbel mit hellen und dunklen Einlegemustern. Lange und interessanter verweilt man wohl auch vor den braunschweigischen Frauenstrachten mit den vielen und reich bestickten Schuwbändern, den schwarzen Bandhauben und dem fälligen roten Rock. Ein sehr seltenes und eigenartiges Stück ist das sogenannte Hungertuch aus der Kirche von Telgte bei Münster aus dem Jahr 1623. Es wurde während der Passionswoche zur Schau gestellt und am Karfreitag herabgenommen. Auf 33 schachbrettartigen Feldern ist die Lebens- und Leidensgeschichte Christi eingestickt sowie eine Reihe alttestamentlicher Geschichten. Aus Hessen sollen die merkwürdig gefügten Kastentische und die originellen Brautstühle auf Volksstrachten an, während aus der Mark die allgemein bekannten Spreewälder Trachten ausgestellt sind. In Baden selbst ist die Tracht der Braut und ihrer Begleiterinnen sowie die letzten Strohhutförmigen der Schwarzwaldbauern. Aus Württemberg sieht man die große Kabbhaube und die hochrunde Frauenmütze. Ein sehr seltenes Stück ist der prächtige bayerische Hochzeitswagen mit den reich und originell bemalten Bauernmöbeln von 1785 aus der Gegend von Tegernsee. Er führt uns den in Deutschland weit verbreiteten Volksbrauch der festlich prunkvollen Heberführung des Heiratgutes der Braut vor Augen. Hinten steht der wohlgefüllte Reinschrank mit selbstgesponnenem Flach, auf dem Bettroand und an der Schranthinterwand sind für den Hausaltar, den „Herrgottswinkel“ der Wohnstube, bestimmten Schmuckereien und Bilder angebracht.

Bauernstuben.

Um einen umfassenden und zugleich vergleichenden Einblick zu erhalten von dem Leben der Leute in den verschiedenen Provinzen

hat man mehrere komplette Stuben mit allem Hausrat ausgestellt. Auf diese Weise kann sich der Beschauer am besten und leichtesten hineinversetzen in alle Eigenarten, Lebensgewohnheiten und Bedürfnisse der betreffenden Menschen. Die ostpreussische Stube stellt eine Winterküche dar, die zugleich als Hauptwohnraum und Schlafstube dient. Der Fußboden ist mit Ziegeln ausgelegt, die Wände bestehen aus holländischen Fliesen. An der hölzernen Decke bemerkt man ein Gerüst zum Trocknen von Fleisch und Gartenkräutern. Zum



Schlafen dienen Klappen, die mit Gardinen verhängen sind. Ueber dem eigentümlichen Klappisch hängt eine kleine Tranlampe. Nun, eine besonders gute und reine Luft mag ja wohl in diesem Raum, in dem sich eine zahlreiche Familie aufhält, nicht geberricht haben. Die Holzstube des Riesengebirges stammt aus der Gegend von Hirschberg. Auch hier lebt, schläft und kocht man im Winter. Auffallend ist namentlich das Himmelbett mit altertümlichem Reizenzeug, das mit Darstellungen aus der biblischen Geschichte oder mit Abbildungen geschmückt ist, die sich auf Liebe und Ehe beziehen. Die Spreewälder Bauernstube aus dem Dorfe Lehde dürfte allgemeiner bekannt sein. Auch hier überragt fast alles das gewaltige Himmelbett mit den verschiedensten Malereien und Darstellungen. In der Schiffer Bauernstube steht eine sehr schöne Standuhr von einem Straßburger Meister. Hier ist man überhaupt schon kultivierter, was die Spiegel an den Wänden und die sauber gehaltenen Decken auf den Tischchen beweisen. In der Schweizer Stube aus dem Jahr 1644 fällt die

Wandvertäfelung mit Büfteinrichtung auf. Der Ofen in der Ecke zeigt auf den einzelnen Kocheln Darstellungen der zwölf Monate in ihrer Bedeutung für die Landwirtschaft. Von Österreich geben Kunde drei zusammenhängende Räume nach dem Muster alter Bauernhäuser im Innviertel bei Braunau in Oberösterreich. Da ist zu sehen Küche mit allen Gerätschaften, Stube und Speisekammer mit dem mächtigen Backofen. Etwas sehr Eigenartiges stellt der Schrank dar, der sich auf der sogenannten Hühnerstiege befindet. Diese Einrichtung dient zur bequemen Fütterung des Geflügels und hat eine Öffnung in der Hauswand am Hof, die durch einen Klotz geschlossen werden kann. Endlich seien hier noch erwähnt die Hindelooper Stube aus dem Jahr 1808 aus dem westfrieschen Städtchen Hindeloop, die viele außerordentlich merkwürdige Dinge aufweist, und die Lüneburger Stube. Diese Stube enthält eine reiche Sammlung von deutschen Junstastkerstücken des 18. und 19. Jahrhunderts.

Aus dieser kurzen Zusammenstellung, die natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, kann man bereits erkennen, welche eine Fülle des Sehenswerten in dem Museum in der Klosterstr. 36 zusammengetragen ist, das täglich, außer Diensttag, von 9-3 Uhr geöffnet ist.

„Die unsittlichen Berührungspunkte“. Verbrecher und Kriminalbeamte.

Unter größten Vorichtsmaßnahmen wurde eine Gruppe von Schwerverbrechern dem großen Schöffengericht Schöneberg vorgeführt, um sich wegen eines Einbruchsdiebstahls, der im Juni in eine Schokoladenhandlung in Friedenau verübt worden war, zu verantworten. Die Hauptangeklagten, der Handlungsgehilfe Johann Rogalla, der Schlosser Emil Bahnke und der Tischler Richard Mayke wurden aus der Strafhaft vorgeführt. Die Verhandlung gestaltete sich sehr erregt, da die Angeklagten sich äußerst lärmend benahmen und sich in bestigsten Angriffen gegen den Kriminalbeamten ergingen, der sie als Täter ermittelt hatte.

Während die übrigen Angeklagten, zu denen auch noch als Helfer der schon wegen schweren Diebstahls erheblich vorbestrafter Werkmeister Hieslcher und der Schreibraschinenhändler Kraut gehörten, durch die Rechtsanwältin Krons, Dr. Max Kantorowicz und Dr. Th. Ahrens verteidigt wurden, war Rogalla, der den Einbruch ausgeführt haben soll, ohne Verteidiger. Im harschen Tone verlangte er, daß ihm ein Verteidiger gestellt würde. Als der Vorsitzende, Landgerichtsrat Hartung, darauf nicht einging, erklärte er: „Dann werde ich die Konsequenzen ziehen und gar nichts sagen. Die Verhandlung darf nicht stattfinden.“ Der Vorsitzende drohte dem immer ungebärdiger werdenden Angeklagten, daß das Gericht schon Mittel finden werde, auch mit ihm fertig zu werden. Angekl.: „Ich so, also darauf wollen Sie hinaus, mich wieder ungerecht zu verurteilen, wie schon so oft.“ Vors.: „Sie haben allerdings schon genug Vorstrafen erlitten, im ganzen zwölf.“ Angekl.: „Das ist mein Vetter und nicht ich. Ich bestreite alles. Ich habe mit der Sache nichts zu tun und muß einen Verteidiger haben.“ Der Angeklagte Bahnke will auch seine Vorstrafen nicht hören, es genüge, daß er sie im Kopfe habe. Die Verlesung des umfangreichen Strafregisters dieses Angeklagten nimmt eine geraume Zeit in Anspruch. Zur Sache selbst erklärte der Angeklagte: „Was soll ich für eine Erklärung abgeben. Ich kann nicht geben und nicht bestreiten.“ Vors.: „Sie haben doch alles zugestanden und dem Kriminalbeamten erzählt, daß der Einbruch von Rogalla ausgeführt und zusammen mit Ihnen vor diesem verübt war. Außerdem haben Sie alle Beteiligten angegraben und waren sogar behilflich bei der Festnahme derselben.“ Angekl.: „Das habe ich nur getan, weil der Kriminalassistent Bilz sagte: „Wenn du alles erzählst, dann lasse ich dich fliegen.“ Der Bilz soll nur kommen, mit dem werde ich noch abfahren.“ Angekl. Rogalla (in großer Wut): „Der Bilz ist selbst der größte Verbrecher und will sich mit solchen Sachen bei seiner Behörde nur „rehabilitieren“. Vors.: „Ich denke Sie wollen nichts sagen.“ Angekl.: „Mit dem Bilz ist es etwas anderes, mit dem muß ich noch abrechnen, der bringt uns ins Gefängnis und dann pouffiert er mit unseren Frauen und Bräuten. Ich bitte aber erst um etwas zu trinken.“ Als der Vorsitzende dem Justizwachtmeister Anweisung gibt, dem Angeklagten ein Glas Wasser zu reichen, ruft dieser: „Laufen Sie mal rüber in die Kneipe und holen Sie mir einen Kognat, aber ein großes Glas.“ Vors.: „Unterlassen Sie solche unpassenden Redensarten.“ Angekl.: „Entschuldigen Sie, aber ich

Die Rebellion.

Roman von Joseph Roth.

Dann kamen die trüben, die regnerischen, die kalten Tage. Nur am Vormittag geht Andreas in die Höfe spielen. Ihn friert nicht. Ihn durchdringt der zudringliche Regen nicht. Er trauert nicht um die wolkenverhangene Sonne. Dank seiner neuen, unten kantig gehobelten Krüde gleitet er niemals auf schlüpfrigem Pflaster. Hart an den Borden der Bürgersteige geht er und vor ihm fährt Muli, der kleine Esel, den Kasten auf seinem Handwagen. Alles ist Andreas' eigenes Gut. Nun denkt er schon an einen Papagei mit grünen und roten Fäsen für den Frühling. Kinder und Erwachsene sehen ihm nach. Trotz der Kälte regnet es Geld aus allen Fenstern, in allen Höfen. Trotz der Kälte greifen Passanten in die verborgenen Taschen. Alle — nicht alle, aber viele kennen ihn. Was fehlt Andreas Bum?

Er liebt alles in der Welt und besonders zwei — sind es Dinge oder Menschen? — Sie gehören zusammen und sind nicht von einer Gattung. Andreas liebt Anni und Muli, das Kind und den Esel.

Dem Esel hatte er einen kleinen Stall im Hofe gebaut. In der Nacht denkt er manchmal daran, daß Muli friert. Am nächsten Tag will er mehr Stroh in den Stall tun.

Plakate sind an den Lifafssäulen zu sehen. Die Invaliden sind wieder einmal unzufrieden. Heiden, die sie sind! „Kameraden!“ schreien die Plakate. Die Regierung! Die Regierung! Sie wollen die Regierung abschaffen! Ihn, Andreas Bum, konnte man nicht für dertel Dinge haben. Er machte keinen Kadaw, er war ein ruhiger Mensch, er verachtete Kartenspieler, Trinker und Rebellen.

Mit dieser Berachtung im Herzen hätte Andreas Bum alle die langen oder kurzen Jahre leben können, die ihm vom Schicksal zugeordnet waren, mit dieser Berachtung im Herzen, in dieser warmen, guten Behaglichkeit, in dieser vollendeten Harmonie mit den irdischen und göttlichen Befehlen, den Priestern ebenso nahe, wie den Beamten der Regierung — wenn nicht ein ganz fremder Mann in Andreas Bums Leben getreten wäre, um es zu vernichten, nicht mit dem Willen zum Bösesein, sondern von der Blindheit des Zufalls dazu gezwungen, ein unwissendes Mittel in der Hand des Teufels, der manchmal die göttliche Regierung unterbricht, ohne daß wir es ahnen; so, daß wir noch in der tröstlichen Gemüchtheit, daß ein Gott über uns wacht, unsere stummen Gebete zu ihm hinaussenden, — und uns wundern, wenn sie nicht erhört

werden. Der Mann, dem Andreas sein Unglück zu verdanken hatte, war der Fojamentierhändler Arnold, von der Firma Arnold u. Hahn.

7.

Herr Arnold war groß, gesund, satt und dennoch unzufrieden. Das Geschäft florierte. Daheim wartete seiner eine treue Gattin, die ihm zwei Kinder geboren hatte: einen Knaben und ein Mädchen, genau so, wie er es sich gewünscht. Seine Anzüge sahen gut, seine Krawatten waren immer modern, seine Taschenuhr ging richtig, sein Tag war mit einer wohlthätigen Genauigkeit eingeteilt. Keine unangenehme Ueberraschung konnte ihm die milde Ordnung seines Lebens stören. Es schien fast ausgeschlossen, daß ihm je eine Morgenpost den peinlichen Bittbrief eines unbegüterten Verwandten bringen würde. Er hatte keine armen Verwandten. Er stammte aus einer wohlhabenden Familie, in der es keine Zwistigkeiten gab. Alle ihre Mitglieder einte eine veröhnende Sorglosigkeit und eine verwandte Art, die Welt zu sehen, die Politik zu beurteilen, den persönlichen Geschmack zu zeigen, die jeweils herrschende Mode zu kritisieren oder mitzumachen. Im Hause Arnolds gab es nicht einmal jene häuslichen Kümernisse, deren Ursachen gewöhnlich in einem mißratenen Leibgericht zu suchen sind. Sogar die Kinder lernten gut, benahmten sich züchtig und schienen zu wissen, welche Verantwortung sie dem Namen ihres Vaters und seiner nicht unerheblichen Abstammung schuldig waren.

Dennoch litt Herr Arnold an einer chronischen und — wie man sieht — unbegründeten Unzufriedenheit. Er selbst wußte freilich Gründe genug. Einerseits regten ihn die Zeitverhältnisse auf. Er hatte von seinen Ahnen einen ausgeprägten Sinn für Ordnung geerbt und ihm war, als gingen die Tendenzen der Gegenwart dahin, diverse Ordnungen zu stören. Andererseits näherte er sich jenem Alter eines Familienvaters, in dem eine weibliche Abwechslung zur Erhaltung des inneren Gleichgewichts nötig wird. Dieser Verdrang aber verursachte eine gewisse Unsicherheit, welche die Ordnung des Tags und noch mehr der Nacht zu sprengen drohte und teilte sich allmählich der ganzen Tätigkeit des Herrn Arnold mit, beeinflusste die großen Abschlüsse und sogar die Erledigung der Korrespondenz; insbesondere diese, weil Arnold die Briefe der jungen Veronika Lenz, die geradezu absichtlich diesen Namen trug, zu diktieren pflegte.

Unbezweifelbar männlich waren alle anderen Merkmale der Arnoldschen Körperlichkeit. Schritt er, Briefe diktierend, durchs Zimmer, so leuchtete die Dielen unter seiner kräftigen Sohle. Er hatte die Gewohnheit, mit vorgeneigtem Körper, die Hände in den Rocktaschen, auf einem Fuß eine Weile lang

stehen zu bleiben und mit der Spitze des anderen den Teppich zu berühren, so, daß er von ferne an die Stellung einer Statue gemahnte, die einen eilenden Mann in einem bestimmten Moment seines Laufes festhält. Erst nach zwei oder drei Sekunden berührte die Ferse des anderen Fußes den Boden. Die Schritte waren gewaltig breit und raumfressend. Das Diktat klang streng, und der Stil der Briefe erinnerte, auch wenn sie Höflichkeit enthielten, an Rügen und Berweise. Obwohl Herr Arnold bereits seit mehr als zehn Jahren für die Firma Briefe zeichnete, bereitete ihm seine Unterschrift doch immer neue Freude. Denn sie war, und wurde sie auch noch so oft gegeben, wie eine Bestätigung der Arnoldschen Macht und rein als graphische Erscheinung ein imponierendes Ornament. Deshalb verrichtete er seine Unterschriften in einer atemraubenden Stille, schnell und dennoch sorgsam, in der Linken die Löschwiege, als ein Mittel, die scharfe Wirkung des tintenfeuchten Namens zu beschwichtigen.

Indessen stand Veronika Lenz hinter seinem Stuhl und bezauberte ihren Herrn, ohne es zu wollen. Es war gewiß, daß sie keine anderen Absichten hegte, als die Korrespondenz gewissenhaft zu erledigen und die Stätte ihrer Arbeit schnell zu verlassen. Aber gerade daran zweifelte Herr Arnold. Denn so wenig er auch sonst vom Leben der jungen Mädchen dieser Zeit wußte, so viel schien ihm doch sicher: daß jemand, der so gut wie verlobt war, noch keine Braut genannt werden konnte. Diese Bezeichnung allein hätte ihm mit jenem distanzierenden Schauer erfüllt, den wir den geweihten und heiligen Namen gegenüber empfinden. An sündhafte Beziehungen zu fremden Bräuten dürfen wir nicht einmal im Traum denken. Es gleicht fast einem Ehebruch. Einem Raub fremden Gutes. Einem tödlichen Diebstahl. Wir aber leben in einer Welt, in der das Eigentum des Nächsten geschont werden muß. Wo kämen wir denn sonst hin!

Nun war Fräulein Lenz allerdings so gut wie verlobt. Dennoch hätte sich ein in den Dingen der Verführung mehr geübter Mann durch diese Tatsache nicht abhalten lassen. Gerade die mangelnde Uebung hatte bis jetzt den Herrn Arnold ausgezeichnet, seine Solidität unterstützt, seinen Ruf begründet und ihm die Kraft gegeben, sich gegen die zersetzenden Erscheinungen des gegenwärtigen Lebens zu empören. Ach! wie bangte ihm vor dem Tag, an dem er sich in den traurigsten Widerspruch zu seiner ganzen Existenz bringen würde, und wie schnte er diesen Tag herbei! Wie mühte er sich stündlich vor sich selbst, vor seiner Umgebung, seinem Kompanion, seiner Frau und seinen Kindern in acht nehmen. Und wie schwer fiel es ihm! (Fortsetzung folgt.)

